

ZUKUNFT

DIE DISKUSSIONSZEITSCHRIFT FÜR POLITIK, GESELLSCHAFT UND KULTUR

Flüchtlingsfragen
Caspar Einem

Frauenrechte verteidigen –
365 Tage im Jahr
Julia Herr

20 Bewegung in die
Arbeitszeitgestaltung
David Mum

Die außenpolitischen Beziehungen
Kubas im Wandel
Gernot Stimmer



DAS PARADIES DER UNTERGANG

HARTMUT SKERBISCH - MEDIENARBEITEN

UNIVERSALMUSEUM JOANNEUM GRAZ

EDITORIAL

Was haben die Krankenkassen eigentlich den NEOS getan? Kaum eine Woche, in dem diese nicht wieder einen angeblichen Skandal wittern, in dessen Zentrum stets ein mutmaßliches »Körpergeld« steht. Zuletzt zeigten sich die NEOS unzufrieden über unterschiedlich hohe Kostenersätze zwischen Gebietskrankenkassen und Unfallversicherung, die aber keine erkennbaren Auswirkungen haben. Anfang Jänner erblickten die NEOS in der Abgeltung der Beitragseinhebung sämtlicher sv-Beiträge durch die Gebietskrankenkasse eine verdeckte Förderung der GKKS. Dass ausgerechnet die aus Unternehmenssicht hilfreichste Maßnahme der Verwaltungsvereinfachung – die einheitliche Beitragseinhebung – ins Visier der NEOS rückt, entbehrt nicht einer gewissen Ironie. Ebenso wie der Vorwurf, die von den GKKS an die anderen Träger verrechneten Verwaltungsgebühren würden anteilmäßig an den eingehobenen Beiträgen verrechnet, obwohl der Aufwand ja unabhängig vom eingehobenen Betrag der Gleiche sei. Man darf bespannt abwarten, ob die NEOS in Kürze etwa auch eine Umstellung des Provisionsmodells bei Immobilienmaklern fordert. Schließlich bleibt der Aufwand pro Quadratmeter gezeigter Wohnung immer der Gleiche. Im Ernst: Wie bei allen Institutionen ist es richtig und notwendig, Abläufe regelmäßig kritisch zu durchleuchten und Verbesserungsmöglichkeiten zu suchen, auch wenn die Sozialversicherung durch eine demokratische legitimierte Selbstverwaltung ja durchaus schon jetzt ein hohes Maß demokratischer Verantwortlichkeit aufweist. Es wäre bedauerlich und entspräche kaum der selbst verordneten Sachlichkeit, wenn an die Stelle der Suche nach Verbesserung, der mutwillige Angriff gegen die demokratische Selbstverwaltung durch an den Haaren herbeigezogenen Vorwürfen treten würde.

Im Zentrum dieser Ausgabe stehen zunächst andere mutwillige politische Angriffe: die gegen AsylwerberInnen.

Caspar Einem analysiert die **jüngsten Entwicklungen der österreichischen Asylpolitik** unter außen- und europapolitischen Gesichtspunkten.

Julia Herr nimmt die Vorkommnisse von **Köln** zum Anlass, um einen verstärkten **Kampf gegen Sexismus**, ohne rassistische Schlagseite, einzufordern und macht dafür **konkrete Vorschläge** zum Schutz von Frauen und Mädchen bei Großveranstaltungen.

Ludwig Dvořák untersucht die Zusammenhänge zwischen dem aktuellen Asylkurs der ÖVP und einem möglichen **Koalitionswechsel zur FPÖ** und argumentiert, warum das Einknicken der SPÖ in der **Obergrenzen-Frage** nicht nur inhaltlich falsch, sondern auch noch polit-strategisch unsinnig ist.

Dem Thema **Arbeitszeitverkürzung** und deren möglichen beschäftigungspolitischen Auswirkungen widmet sich **David Mum** in seinem Beitrag.

Die neueste Offensive David Camerons gegen den **sozialen Wohnbau in Großbritannien** und deren historischen Kontext stellt **Artur Streimelweger** dar.

Gernot Stimmer geht auf die Auswirkungen des diplomatischen Kurswechsels der USA auf die **politische Situation Kubas und seiner Außenbeziehungen** ein.

Neben **Buchtipps** steht in dieser Ausgabe auch eine Besprechung der im Herbst 2015 erschienen neuen Bücher von Joseph Stiglitz und Robert Reich ein.

Zum Abschluss analysiert **Elisabeth Blaha** Zielsetzungen und drohende Folgen der europäischen **Kapitalmarktunion**.

Wir wünschen gute Unterhaltung beim Lesen!

Inhalt



Hartmut Skerbisch, »Zwei Fahnen Stück«
(Detail), 1979, Foto: Michael Schuster,
© Nachlass Hartmut Skerbisch

Aktuelle Debatte **Flüchtlings- oder Regierungskrise?**

6 **Flüchtlingsfragen**

VON CASPAR EINEM

10 **Frauenrechte verteidigen – 365 Tage im Jahr**

VON JULIA HERR

14 **Obergrenze mit Seitenteilen**

VON LUDWIG DVOŘÁK

20 **Bewegung in die Arbeitszeitgestaltung**

VON DAVID MUM

28 **Klassenkampf am Wohnungssektor**

VON ARTUR STREIMELWEGER

32 **Die außenpolitischen Beziehungen Kubas im Wandel**

VON GERNOT STIMMER

36 **Kapitalismus und Ungleichheit**

VON LUDWIG DVOŘÁK

40 **Buchtipps**

Sachliches & Belletristisches

42 **»Kapitalmarktunion« – Symptombekämpfung mit riskanten Folgen**

SCHLUSSWORT VON ELISABETH BLAHA

OFFENLEGUNG GEM. § 25 MEDIENGESETZ

Verleger ist die »VA Verlag GmbH«, Herausgeber ist die »Gesellschaft zur Herausgabe der Zeitschrift ZUKUNFT« beide in 1110 Wien, Kaiserebersdorferstraße 305/3. Blattlinie: »ZUKUNFT« ist eine Diskussionszeitschrift der sozialdemokratischen Bewegung in Österreich. Die »Zukunft« sieht ihre Aufgabe vor allem darin, auf hohem Niveau Entwicklungen der Gesellschaft, der Wirtschaft und der Kultur, Fragen der internationalen und österreichischen Politik zu analysieren und zu diskutieren.

IMPRESSUM Herausgeber: Gesellschaft zur Herausgabe der Zeitschrift »Zukunft«, 1110 Wien, Kaiserebersdorferstraße 305/3 **Verlag und Anzeigenannahme:** VA Verlag GmbH, 1110 Wien, Kaiserebersdorferstraße 305/3 **Herausgeberbeirat:** Mag. Karl Duffek, Wien (Vorsitzender), René Cuperus, Amsterdam, Mag.* Brigitte Ederer, Wien, Univ.-Prof. Dr. Michael Holoubek, Wien, Univ.-Prof. Dr. Thomas Meyer, Bonn, Giorgio Napolitano, Rom, Dr. Werner A. Perger, Berlin, Univ.-Doz. Dr. Wolfgang Schroeder, Frankfurt a. Main, Univ.-Prof. Dr. Ivan Szelényi, New Haven, Univ.-Prof. Dr. Georg Votruba, Leipzig, Univ.-Prof.ⁱⁿ Dr.ⁱⁿ Ruth Wodak, Lancaster. **Chefredaktion:** Dr. Caspar Einem, Mag. Ludwig Dvořák (geschäftsführend) **Redaktion:** Mag. Alessandro Barberi, Bernhard Bauer, Mag.* Elisabeth Felbermair, DSA Senad Lacevic, Mag. Armin Puller, Mag. Dr. Michael Rosecker, Jennifer Sommer, Mag. Artur Streimelweger, Mag.* Olivia Kaiser **Druck:** Gutenberg Druck GmbH, 2700 Wiener Neustadt **Cover:** Hartmut Skerbisch, »Zwei Fahnen Stück« (Detail), 1979, Foto: Michael Schuster, © Nachlass Hartmut Skerbisch

Flüchtlingsfragen

Mit der Einigung der Regierung auf eine Obergrenze für Asylanträge in Österreich von 37.500 im Jahr 2016 wird kein Problem wirklich gelöst. Es ist jetzt bloß die amtliche Behauptung, dass Österreich angeblich in schlimmer Not ist und sich daher bereits mit Mitteln wehren muss, die einen glatten Bruch des internationalen Rechts bedeuten.

Bund und Länder haben gegipfelt und eine Obergrenze für den Flüchtlingszuzug bekannt gegeben. 37.500 sollen es maximal 2016 sein, die Folgejahre weniger und in vier Jahren zusammen nicht mehr als 1,5% der Bevölkerung. Die Regierung bewegt sich also mit Riesenschritten vorwärts. Zuletzt hat sie sich so bewegt, als ein Zaun in bzw. bei Spielfeld diskutiert und dann beschlossen wurde. Die ÖVP in der Führungsrolle, die SPÖ nach hinhaltendem Widerstand am Sozus. Setzen die Maßnahmen an vernünftigen Stellen an und sind sie hinreichend, um die Zahl der Flüchtlinge zu begrenzen? Und hätte nicht ein Land, das grundlegenden Menschenrechten und der Flüchtlingskonvention verbunden ist, an anderen Stellen ansetzen und mehr tun müssen?

INITIATIVEN DER EUROPÄISCHEN UNION

1. Am dringendsten wäre es doch, vor allem massive diplomatische, allenfalls militärische und wirtschaftliche Anstrengungen zu unternehmen, um die Fluchtgründe zu reduzieren. Eine politische Lösung für die Konflikte im Nahen Osten, eine geeinte militärische Lösung mit Bodentruppen der Region gegen den sog. Islamischen Staat (IS), massive wirtschaftliche Hilfe für Länder der Sahelzone usw. Was hat die österreichische Regierung in diesem Zusammenhang in den letzten Monaten und Jahren getan? Nein, ich bin nicht so naiv, zu glauben, Österreich könnte bei diesen Problemen und Herausforderungen allein viel bewirken. Wenn hier Wirkung erzielt werden soll, dann muss es gemeinsame Initiativen der Europäischen Union, unterstützt durch ihre Mitgliedsstaaten, geben. Welche Initiativen hat Österreich daher in der EU gesetzt, um das Problem der Fluchtgründe zu bearbeiten?

2. Die meisten Flüchtlinge aus Krisenregionen wollen nicht allzu weit weg von ihrer Heimat, um rasch nach Bes-

serung der Lage wieder in ihre Heimat, in ihre Dörfer und Städte zurückkehren zu können. Das ist der Grund, warum die allermeisten Flüchtlinge unter armseligen Bedingungen im eigenen Land oder in der unmittelbaren Nachbarschaft bleiben und in riesigen Flüchtlingslagern ausharren.

Dort allerdings fehlt es mittlerweile an fast allem. Die internationale Gemeinschaft hat die Mittel für die Unterstützung und Finanzierung dieser Lager, der Nahrungsmittel- und medizinischen Versorgung drastisch reduziert. Kinder bekommen keinen oder kaum Unterricht, junge Leute keinerlei Perspektiven. Was Wunder wenn unter diesen Bedingungen zunehmend junge Männer aufbrechen, um ihr Glück in Europa zu suchen. Wer das verhindern will muss zumindest Geld in die Hand nehmen. Was hat Österreichs Regierung in dieser Hinsicht getan? Welche Initiativen wurden ergriffen, um die Situation in den Flüchtlingslagern zu verbessern – auf Ebene der EU, auf Ebene der Vereinten Nationen oder auch bloß als reiches Land Österreich?

3. Dass Italien und Griechenland überfordert waren, mit all den Flüchtlingen, die übers Meer kamen, ist nicht erst 2015 klar geworden. Es war Österreich und seiner Regierung allerdings auch egal. Nicht unser Problem. Erst als das tausendfache Sterben im Mittelmeer über das Fernsehen zunehmend in Österreichs Wohnzimmer vordrang ist es auch in unser Bewusstsein gedrungen. Aber was hat die österreichische Regierung unternommen, als auch ihr klar sein musste, dass man Italien und Griechenland nicht allein lassen durfte, wollte man das Problem nicht einfach ohne jede Regelung schön langsam auch ins eigene Land gespült bekommen? Gab es österreichische Initiativen für eine Verstärkung der Kräfte von Frontex? Wann gab es erste Initiativen für Hot Spots an Europas Südgrenzen? Gab es österreichische Initiativen in den

europäischen Ratsformationen, um eine gemeinsame Vorgehensweise zu erreichen, denn auch die Hot Spots helfen ja nur, wenn klar ist, was dahinter dann passieren soll?

4. Länder wie Ungarn, die Slowakei, Tschechien etwa haben in den Jahren, als sie noch vor den Grenzen der EU lagen, einen großen Teil der damaligen Flüchtlingslast zu tragen gehabt, weil Österreich und andere EU-Länder Flüchtlinge in diese Länder zurück geschickt haben: sie seien bereits in sicheren Drittländern gewesen und hätten daher kein Recht, den Asylantrag in Österreich (in der reichen EU) zu stellen. Die damals noch viel ärmeren östlichen Nachbarn, die in die EU wollten, mussten sich daher damit abfinden, dass sie die Grenzen der EU vor Flüchtlingen zu schützen hatten, wollten sie in naher Zukunft Mitglied werden. Diese Geschichte ist bei uns so gut wie vergessen, nicht aber in diesen Ländern. Hat sich Österreichs Regierung auf diplomatischer Ebene wenigstens für die Befindlichkeiten unserer östlichen Nachbarn in der Flüchtlingsfrage interessiert, bevor sie unverhohlen mit Entzug der Mittel gedroht hat?

5. Österreich hat reiche Erfahrung mit der Aufnahme großer Zahlen von Flüchtlingen. Bis zu 180.000 Ungarn 1956, ca. 162.000 Flüchtlinge aus der Tschechoslowakei 1968, etwa 33.000 Polen 1980 und ca. 90.000 aus Bosnien-Herzegowina. Darüber hinaus kamen in den Jahren danach zwar nicht mehr so große Zahlen aus bloß einem Land, aber doch immer noch tausende aus unterschiedlichen Krisengebieten.


Unter der Annahme, dass die meisten Flüchtlinge aus den vormals jugoslawischen Kriegsgebieten nach Beendigung des Krieges wieder in ihre Heimat zurück wollen hat Österreich 1992/93 den bosnischen Flüchtlingen gesetzlich einen Aufenthaltsstatus eingeräumt und auf Asylverfahren mit Einzelfallprüfung verzichtet. Was die Regierung daran gehindert hat, in der jüngsten Flüchtlingswelle von Syrien genauso vorzugehen, hat sie nicht erklärt. Es hätte jedenfalls im Gegensatz zur angeblichen Königs idee des Asyl auf Zeit die restlose Überforderung der Asylbehörden vermeiden geholfen.

6. Wenn jetzt Flüchtlinge aus Regionen, die nicht als unsicher gelten, zurück geschickt werden sollen – übrigens ebenso, wie Flüchtlinge, die im Asylverfahren nicht erweisen konnten, dass sie einen Fluchtgrund hatten – dann wird sich die Frage stellen, ob die Länder, in die zurück geschoben werden soll, bereit sind, diese Personen zurück bzw. aufzunehmen. Voraussetzung dafür sind Rückführungsabkommen

mit den Ländern, in die zurück geschoben werden soll. Was haben Innenministerin und Außenminister in den letzten beiden Jahren in dieser Hinsicht weiter gebracht?

WORTSPENDEN

Wem helfen die mittlerweile nur mehr peinlich zu nennenden verbalen Auseinandersetzungen der Regierungsmitglieder untereinander und die Wortspenden der Landeshauptleute zum Thema eigentlich? Wäre es nicht zweckmäßiger, weniger Luftschlachten zu führen und stattdessen, jenen hunderten Bürgermeister, Gemeinden, zivilgesellschaftlichen Initiativen die notwendige Unterstützung zu bieten, damit sie ihre Arbeit im Bereich der Aufnahme und Integration von Flüchtlingen wenigstens ungehindert von bürokratischen Schikanen und von öffentlichen Debatten, die nur das Klima vergiften, durchführen können?

Mit der Einigung der Regierung auf eine Obergrenze für Asylanträge in Österreich von 37.500 im Jahr 2016 wird kein Problem wirklich gelöst. Es ist jetzt bloß die amtliche Behauptung, dass Österreich angeblich in schlimmer Not ist und sich daher bereits mit Mitteln wehren muss, die einen glatten Bruch des internationalen Rechts bedeuten. Wem hilft's? Denen, die immer schon für eine harte Linie auf Ebene der Nationalstaaten eingetreten sind. Die Rechnung kommt spätestens 2018. 

CASPAR EINEM

war 1995 bis 1997 Innenminister und ist nach seinem Ausscheiden aus dem Nationalrat 2007 heute Präsident des Österreichischen Instituts für Internationale Politik. Er ist Chefredakteur der ZUKUNFT.

DAS PARADIES DER UNTERGANG

HARTMUT SKERBISCH - MEDIENARBEITEN

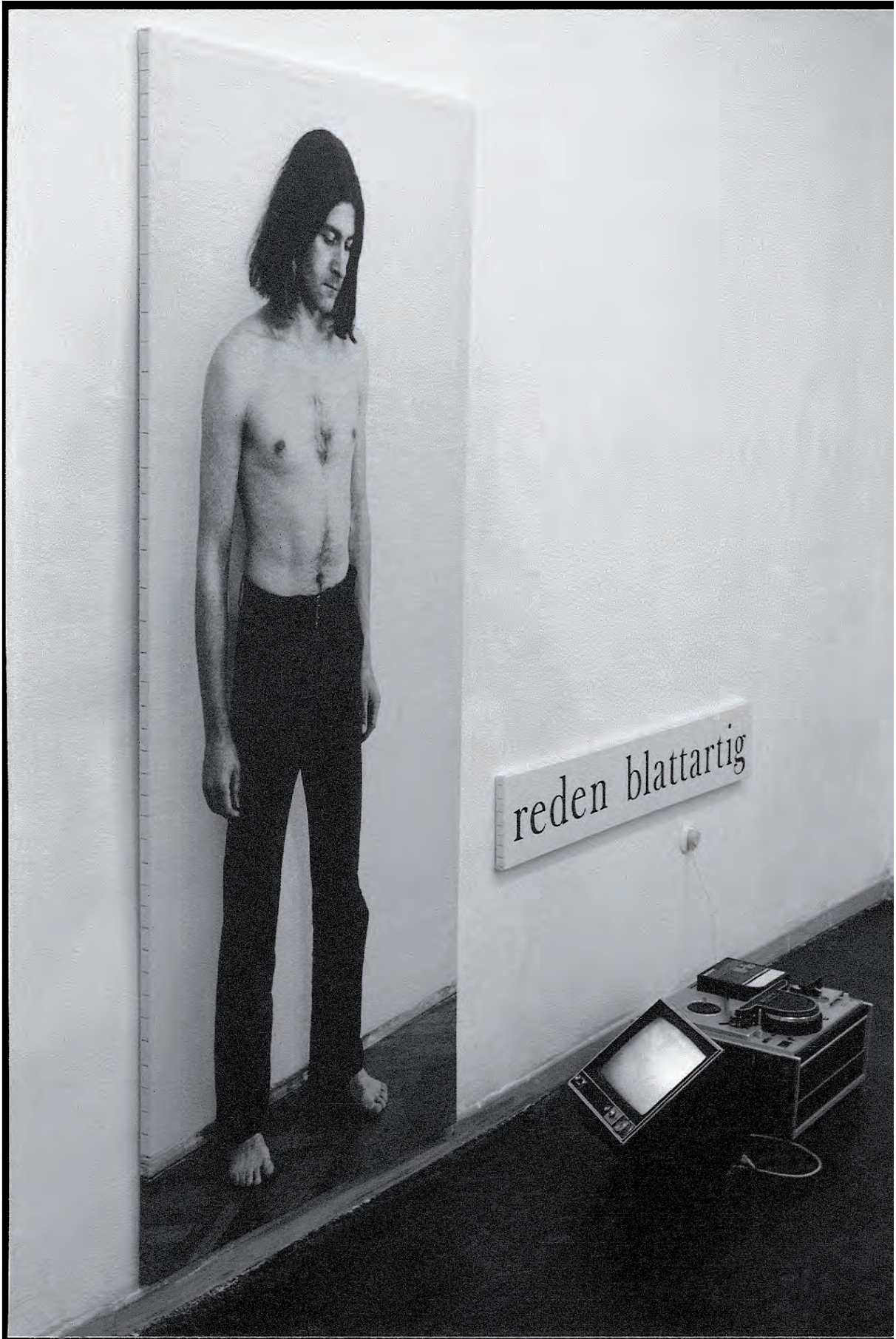
UNIVERSALMUSEUM JOANNEUM GRAZ

Der Grazer Hartmut Skerbisch (1945 – 2009) war einer der profiliertesten bildenden Gegenwartskünstler Österreichs, dessen Werke immer auch eine kritische Intention in sich tragen bzw. das Sein als kosmologisches Ganzes begreifen. Formen der Realitätswahrnehmung sind konsequenterweise das zentrale Anliegen in Skerbischs Werk.

Sein Schaffen begann sich in einer Zeit zu entwickeln, in der konzeptuelle Überlegungen und solche der Medienkunst international immer drängender und vielschichtiger wurden. Skerbischs Arbeiten werden heute fast ausschließlich im Kontext der Skulptur rezipiert – das verkürzt es jedoch und lässt wesentliche Aspekte seiner Arbeit unbeachtet und oft unverstanden zurück.

Ausgehend von der Wahrnehmung und Definition des Raumes ganz allgemein, entwickelte der Architekturstudent Hartmut Skerbisch bereits in den 1960er-Jahren Konzepte zur Beschreibung und Festlegung des Räumlichen.

Bis 7. Februar 2016
Universalmuseum Joanneum
www.museum-joanneum.at



Frauenrechte verteidigen – 365 Tage im Jahr

Julia Herr kritisiert in ihrem Beitrag die Doppelmoral in der Köln-Debatte. Die aktuelle Diskussion werde von Rechten für rassistische Stimmungsmache missbraucht. Umgekehrt sollte auch die Linke nicht zum Thema schweigen –, sondern in die Offensive gehen. Denn sexualisierte Gewalt und Übergriffe auf Frauen und Mädchen sind kein Phänomen der Silvesternacht oder von »Fremden«. Herr schlägt daher ein konkretes Konzept vor, Frauen bei Großveranstaltungen besser zu schützen. Die Umsetzung könne sofort beginnen – wenn es den bisher maßgeblichen Akteuren der Debatte um mehr geht als um Hetze.

In der Silvesternacht auf 2016 wurden in Köln mehrere hundert Frauen ausgeraubt, belästigt und auch Vergewaltigungen wurden angezeigt. Eine grauenvolle Nacht, die über 300 Anzeigen von Frauen aufgrund von sogenannten Sexualdelikten, ausgeübt von Männern, mit sich zog. Wer sich deshalb eine gesamtgesellschaftliche Debatte erhoffte, wie sexualisierte Übergriffe von Männern in Zukunft verhindert werden könnten, ging leider leer aus. Denn: Laut derzeitigem Informationsstand waren Asylwerber unter den Tätern.

ZWEI ANMERKUNGEN

In der Berichterstattung zur Silvesternacht las man immer wieder von »Sex-Tätern« oder einem »Sex-Mob«. Sexualisierte Gewalt, wie in jener Nacht, ist keine Form von Sexualität, sondern eine Form von Gewalt. Es geht hier nicht um Sex oder um, wie oft behauptet, »unkontrollierbare Sexualtriebe«, sondern um klaren Machtmissbrauch, egal ob Deutscher, Österreicher oder Asylwerber. Solche Gewaltakte sind von niemandem zu tolerieren.

Nachdem das Offensichtliche gesagt ist, gilt es festzustellen, dass genau dieser offensichtliche Punkt, dass Gewalt an Frauen schrecklich ist, egal welche Hautfarbe der Täter hat, zum Diskussionsthema wurde: Nur ins Gegenteil verkehrt. Diskutiert wurde, »wie wir unsere Frauen vor den Männern aus dem Ausland schützen können.« Unter dem Deckmantel einer angeblich frauenpolitischen Debatte wird rassistische Hetze betrieben. Das erkennt man nicht zuletzt daran, dass sich in der öffentlichen Debatte die Lösungsvorschläge darauf beschränkte, den Stopp der Flüchtlingsbewegung zu fordern.

EIN BLICK IN DIE STATISTIK ...

... zeigt jedoch sofort wie verfehlt dieser Ansatz ist. Gewalt an Frauen ist nicht erst Thema, seit den Flüchtlingsbewegungen im Sommer allein im Jahr 2014 flüchteten über 1.600 Frauen in eines von 26 Frauenhäusern.¹ Laut Angaben der »Autonomen Frauenhäuser Österreichs« (19 von 26 Frauenhäusern in Österreich) wurde 2014 sogar für 460 Frauen Platz außerhalb des Frauenhauses gesucht, da dieses bereits voll belegt war. Ebenfalls aus der Statistik zu entnehmen ist, dass 77 % der Frauen ihren Ehemann oder Lebenspartner als Täter angaben.

Wäre Gewalt an Frauen ein Thema, das nur durch Migrationsbewegungen nach Österreich käme, wäre es leichter zu lösen. Traurige Realität bleibt, dass Gewalt an Frauen in allen Gesellschaftsschichten vorkommt und zwar auf allen Ecken und Enden des Globus, wenn auch nicht überall gleich häufig. Durch Grenzzäune oder Obergrenzen bei AsylwerberInnen wird das Problem also weder in seiner Komplexität erfasst, noch gelöst.

Eine Studie des Österreichischen Instituts für Familienforschung (ÖIF) zeigte bereits 2011 die dramatischen Dimensionen sexualisierter Gewalt, die jedoch auf wenig öffentliches Interesse stieß – wohl auch, weil damals nicht pauschal »die Fremden« zum Täter erklärt werden konnten: Fast jede dritte Frau (!) in Österreich erlebte sexuelle Gewalt, wurde also zu sexuellen Handlungen genötigt, wurde Opfer einer Vergewaltigung oder einer versuchten Vergewaltigung. Achtzig Prozent der Täter waren dem Opfer bekannt, rund 60% waren der Partner, stammten aus der Familie, dem Freundes- oder

Bekanntenkreis Drei Viertel aller Frauen hat Erfahrungen mit sexueller Belästigung machen müssen. Selbst hier waren 60% der Täter dem Opfer bekannt.²

FPÖ- »FRAUENPOLITISCHE« PARTEI ÖSTERREICHS?

Die FPÖ missbrauchte die Vorfälle der Silvesternacht, um weiter gegen die Aufnahme von Schutzbedürftigen Stimmung zu machen. Asylwerber würden Frauen belästigen und begripschen, dies sei nicht in Ordnung. Stimmt! Vor wenigen Monaten jedoch, als es um genau diese Frage ging, also ob beispielsweise Po-Grapschen erlaubt sei, wurde die Frage von FPÖ-Seite noch als Belanglosigkeit abgetan. Auch wenn klar ist, dass die Geschehnisse in Köln traurigerweise über Pograp-schen hinausgingen, drängt sich die Parallele auf – zumal auch die österreichische Strafrechtsdebatte keineswegs aufs Po-Grapschen beschränkt war.

Strache selbst meinte dazu: »In der Regel sagt man dann sehr klar und deutlich, dass man das nicht wünscht. Dann hat man in der Regel auch eine Ruhe«³. Kommen Asylwerber ins Spiel, sieht die Sache offenbar anders aus. Diese rassistische Betrachtungsweise haben sich bedauerlicherweise auch Teile der öVP zu eigen gemacht, die die Vorfälle von Köln mit der angeblichen Notwendigkeit verknüpfte, die Zahl der nach Österreich kommenden Flüchtlinge zu senken.⁴

Die Begrenzung des Zuzugs wird als Lösung des Problems sexualisierter Gewalt dargestellt – Ausnahmen von diesem Prinzip gelten offenbar nur beim Zuzug zum öVP-Klub: Der Abgeordnete Marcus Franz bedauerte ja im Zuge der Debatte um die Strafbarkeit sexueller Belästigung, dass man dann nicht mehr erfahren könne, »ob der Popsch hält, was der Blick verspricht« und ortete – offenbar als Vorleistung für den Wechsel zur Familienpartei öVP – darin eine Gefährdung der Institution Ehe. Denn: »Pograp-schen kann übrigens zur Hochzeit führen. So war's zb bei mir«⁵. Wäre Franz ein Asylwerber, hätten – zu Recht – solche Aussagen wohl zu öVP-Rufen nach der »vollen Härte des Gesetzes« geführt. Im Falle von Marcus Franz war dies anders: Denn er flüchtete nicht vor den Mörderbanden des IS, sondern vor den Schrullen seines Parteichefs Frank Stronach. Dafür bekam er von öVP-Klubchef Lopatka sofort Asyl, ohne sich viel um derartig frauenverachtende Aussagen zu kümmern.

LINKS LIEGEN LASSEN!

Wie aber nun als Linke drauf reagieren? Wenn wir stets den

Argumenten der FPÖ mehr Raum geben oder darauf eingehen, bleibt uns zwar die richtige, aber die längere Antwort über: »Wir sind gegen Gewalt an Frauen – aber wir differenzieren nicht zwischen den Tätern.« Oder: »Wir sind für die Aufnahme von Schutzbedürftigen– auch wenn die Gefahr besteht, dass darunter Menschen sind, deren Taten wir nicht tolerieren.« Dabei hat die Linke einen erheblichen Vorteil in dieser Debatte. Denn sie beschäftigt sich tatsächlich mit der Thematik und hat dadurch vor allem eines: ernsthafte Verbesserungsvorschläge.

Genau so ein Verbesserungsvorschlag soll in diesem Artikel vorgestellt werden, um nicht den selben Fehler zu begehen, und der FPÖ zu viel Raum zu schenken.

Großveranstaltungen bergen immer die Gefahr der Unübersichtlichkeit und der Anonymität, dadurch können sexualisierte Übergriffe in der Öffentlichkeit begünstigt werden.⁶ Als Best-Practice-Beispiel glänzt in dieser Frage das Donauinsselfest in Wien. Das Donauinsselfest ist Österreichs größtes Festival: Drei Millionen BesucherInnen strömen drei Tagen auf das Gelände. Dort gibt es mehrere Infostände, die Aufmerksamkeit für das Thema erzeugen, wo es zusätzlich kostenlose Broschüren mit Sicherheitstipps und Informationen mit Kontaktdaten und Hilfsangeboten für Betroffene gibt. Darüberhinaus gibt es einen 24-Stunden Frauennotruf, dessen Nummer gut sichtbar aufgehängt wird, beispielsweise auf Frauen-Toiletten. Falls etwas passieren sollte, ist ein Team von Psychologinnen, Sozialarbeiterinnen und Juristinnen vor Ort um Soforthilfe zu leisten. Diesen »Luxus« gibt es auf anderen Großveranstaltungen und Festivals nicht.

3 TAGE AUSNAHMEZUSTAND

Vor allem Festivals wollen wir genauer in Augenschein nehmen. Allein auf dem größten Festival, dem »Nova Rock«, kommen an drei Tagen rund 130.000 BesucherInnen zusammen. Das Festivalgelände ist dementsprechend groß, abseits der Bühnen reiht sich Zelt an Zelt, meist fehlt es an Beleuchtung. So ist allein das Gelände vom »Nova Rock« 110ha groß – größer als der 8. Wiener Gemeindebezirk.

130.000 hauptsächlich junge Menschen, die drei Tage lang ausgelassen Spaß haben. Festivals können ein Ort sein, wo die Musik rund um die Uhr spielt, die Party nicht endet, der Alkohol fließt und sonstige Drogen gleich beim Zelt ums Eck zu finden sind. Im Falle von Unfällen oder überhöhtem Drogenkonsum ist Versorgung festgestellt: auf jedem Festival ist ein

Sanitäter-Zelt zu finden, welches im Lageplan eingezeichnet ist. Im Falle von sexualisierten Übergriffen gibt es keinerlei Vorkehrungen. Betreuung nach Grenzüberschreitungen ist nicht vorhanden, aber auch andere frauenpolitische Maßnahmen, wie die Möglichkeit sich Kondome oder die Pille danach zu besorgen, bleiben aus.

Es gibt verschiedenste Auflagen für Großveranstaltungen. Ab soundso vielen BesucherInnen braucht man Security, braucht man Sanitäranlagen, müssen Brandschutzmaßnahmen ergriffen werden. Die nächste Großveranstaltung in Köln kommt bestimmt, so wird der Kölner Straßenkarneval noch vor Ostern eröffnet und auch die Festivalsaison in Österreich rückt näher. Jetzt bliebe noch Zeit zu handeln um entsprechende Rahmenbedingungen und Auflagen zu schaffen. Zumindest wenn man das Ziel vor Augen hat, Frauen in solch misslichen Lagen zu helfen und durch das Anbringen von Notrufnummern und Infostellen Präventionsarbeit zu leisten. Was spricht dagegen, dass neben dem Sani-Zelt eine Anlaufstelle für Frauen genauso selbstverständlich wird?

FRAUEN ALLER ORGANISATIONEN VEREINIGT EUCH

Unserer Forderung haben sich sowohl die spö-Frauen, der Österreichische Frauenring (überparteilicher Zusammenschluss von Frauenorganisationen) als auch das Frauenkomitee der Bundesjugendvertretung, überparteilicher Zusammenschluss von Jugendorganisationen) angeschlossen. Medien berichteten allerdings nicht über den konkreten Vorschlag, der doch recht breite Unterstützung gefunden hat, oder generell über mögliche Präventionsmaßnahmen. Obwohl sich verschiedenste Zeitungen ein paar Tage lang mit Schlagzeilen zum Thema regelrecht überschlugen, kamen Lösungsvorschläge zur Verbesserung der Lage der Frauen zu kurz oder fanden allenfalls keine Umsetzung. Im Gegenteil wurde von Polizei- als auch PolitikvertreterInnen sogar noch ausgerichtet, man solle als Frau eine Armlänge weit weg von fremden Personen stehen, oder man solle doch nachts nicht allein auf die Straßen gehen.

Dass die Kommunikation von frauenpolitischen Themen allerdings nicht immer leicht fällt, ist sowieso ein alter Hut. Abhalten lassen, frauenpolitische Themen umzusetzen darf einen das nicht. Denn wir wollen eben nicht auf ein nächstes Köln warten und wir haben ein höheres Ziel, als nur gegen gewalttätige Asylwerber vorzugehen. Wir wollen Gewalt an Frauen generell eliminieren. Ausnahmslos! Billiger Populis-

mus prallt nirgends so stark ab wie an realen Verbesserungen der Lebensumstände. Deshalb wollen wir starke Zeichen auch bei Großveranstaltungen setzen und uns dort ein Stück des Raumes nehmen, um uns gegenseitig Sicherheit zu geben und um Männern zu zeigen, hier herrscht eine Null Toleranz-Politik. Ausnahmslos! Die Politik hat die Möglichkeit, Sofort-Maßnahmen zu ergreifen, um Frauen und Mädchen zu schützen. An 365 Tagen im Jahr, nicht nur zu Silvester. Bleibt die Politik untätig, bleibt auch der Eindruck, ein wichtiges Thema werde nur zur Stimmungsmache missbraucht. 🇺🇸

JULIA HERR

ist Vorsitzende der Sozialistischen Jugend Österreich.

1. http://www.aeof.at/images/06_infoshop/6-2_infomaterial_zum_downloaden/statistiken_der_aeof/Statistik%202014_barrierefrei.pdf
2. http://frauenberatung.at/wp-content/uploads/2014/10/Aktuelle_Version_DATENUNDFAKTEN-SexuelleGewalt...INFO_bis2013.pdf
3. <http://www.heute.at/news/politik/art23660,1149355>
4. http://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20160109_OTS0018/oesterreich-mikl-leitner-kuendigt-null-toleranz-gegen-straffaellige-asylwerber-an
5. derstandard.at/2000013948051/Team-Stronach-Mandatar-outet-sich-als-Pograpsher
6. Auch wenn weiterhin die meisten sexualisierten Übergriffe innerhalb einer Partnerschaft passieren

DAS PARADIES DER UNTERGANG

HARTMUT SKERBISCH - MEDIENARBEITEN

UNIVERSALMUSEUM JOANNEUM GRAZ



Hartmut Skerbisch, 3D Fraktal 98/H/o°, 1998,
Leoben, Gösser Krypta, Foto: Hartmut Skerbisch,
© Nachlass Hartmut Skerbisch

Obergrenze mit Seitenteilen

Die Vorbereitungen der ÖVP auf Blau-Schwarz sind spätestens seit der Nominierung von Andreas Khol als Präsidentschaftskandidat und die gegen Wien gerichtete Kampagne der ÖVP-Regierungsmitglieder zum Jahreswechsel unübersehbar geworden. Das Einknicken der SPÖ in der Obergrenzen-Frage wird die ÖVP für eine weitere Eskalation in der Asylpolitik missbrauchen. Statt an dieser Eskalationsschraube mitzudrehen, muss die SPÖ endlich in Sachen Arbeitslosigkeit und soziale Schieflage in die Offensive gehen und echte Tabus angehen, argumentiert Ludwig Dvořák: Während ganz Österreich darüber diskutiert, wie ein paar dutzend Millionen Mindestsicherung eingespart werden können, nähert sich etwa der durch die Stützung des Finanzsektors verursachte öffentliche Schuldenstand der 30-Milliarden-Euro-Grenze.

Österreichs Innenpolitik hat sich vor dem Hintergrund der aktuellen Flüchtlingsbewegungen offenbar dem berühmten Satz aus Shakespeares Hamlet verschrieben: »Ist es auch Wahnsinn, so hat es doch Methode.« Seit rund einem dreiviertel Jahr wird fleißig an der Eskalationsschraube gedreht. Seit Monaten wird die mediale Berichterstattung von der Unfähigkeit der Regierung dominiert, ausreichend Quartiere für Flüchtlinge bereitzustellen. Statt ihren Job zu erledigen, nutzen Innen- und Außenministerin jedes ihnen entgegengehaltene Mikrofon, um ihre Vision von »Gewalteininsatz« und »unschönen Szenen an den Grenzen« unters Volk zu bringen. Seit einem dreiviertel Jahr wird der Bevölkerung von den Verantwortlichen in der Regierung suggeriert, dass Österreich mit mehr als den 2014 gestellten 28.000 Asylanträgen, von denen 7.000 bewilligt wurden, heillos überfordert sei, erst recht daher mit den für 2015 auf 90.000 geschätzten Asylanträgen. Ob dies einer bewussten Strategie folgt oder blanker Unfähigkeit geschuldet ist, kann dahin gestellt bleiben: Die öffentliche Meinung hat dieses peinliche Schauspiel seit dem Frühjahr 2015 jedenfalls überzeugt, dass Österreich »die Grenzen der Belastbarkeit« erreicht habe.

BELASTBARKEITSGRENZEN ERREICHT?

Die Herausforderung soll dabei nicht klein geredet werden. Es ist sicherlich keine leichte Aufgabe, für zehntausende Menschen Wohnraum zu schaffen, Bildungsmaßnahmen zu ergreifen und mittelfristig Arbeitsplätze zu schaffen. Aber das Phänomen ist doch keineswegs neu: Seit 2012 wächst Wiens

Bevölkerung jährlich um konstant fast 25.000 Menschen pro Jahr und dieser Trend wird sich nach den – vor den Flüchtlingsbewegungen des Jahres 2015 erstellten – Prognosen auch in den nächsten zehn Jahren nicht ändern, überwiegend weil der Zuzug aus den Bundesländern und EU-Staaten anhält. 25.000 Menschen jedes Jahr in einer Stadt mit weniger als 1,8 Millionen EinwohnerInnen – und das zumindest zehn Jahre lang! Hat jemand Wiens Stadtregierung aufschreien gehört, die Zuwanderung oberösterreichischer Studierender nach Wien habe eine »kapazitätsorientierte Höchstgrenze« erreicht? Hat Außenminister Kurz der von ihm so geschätzten ungarischen Regierung mitgeteilt, dass Wien keine ungarischen EU-MigrantInnen mehr aufnehmen könne? Wien wächst jährlich um die Größe der Stadt Krams und das bringt große politische Aufgabenstellungen mit sich, auf die noch einzugehen ist. Aber auf die Idee, dass deshalb der nationale Notstand ausgerufen und die EU-Verträge außer Kraft gesetzt werden müssen, ist noch kein Leitartikler in »Qualitätsmedien« gekommen. In der Flüchtlingsfrage wird derselbe Unsinn aber zur neuen Selbstverständlichkeit. Irrationalität gilt dabei als der neue Realismus. Wer Österreich wegen 90.000 Flüchtlingen nicht zwangsläufig am Rande eines sozialen, wirtschaftlichen und politischen Kollaps sieht, wird zum naiven Träumer gestempelt.

UMDEUTUNG VON FLUCHTURSACHEN

Auf der Suche nach Schuldigen für die gestiegenen Fluchtzahlen werden zwischenzeitlich alle realen Fluchtursachen ausgeblendet. Dass keiner der Gründe, die für die Fluchtbewegun-

gen ausschlaggebend waren, beseitigt oder auch nur gemildert wurden, kommt in der Berichterstattung nicht mehr vor: Die Bürgerkriege in Afghanistan, im Irak und in Syrien dauern an, über eine Verbesserung der Lage in den Flüchtlingslagern der Region wird gesprochen, aber nichts dafür getan. Schuld haben, neben den Flüchtlingen selbst – die überwiegend zu »bösen« Wirtschaftsflüchtlingen erklärt werden –, die »Willkommenskultur« von Bundeskanzlerin Merkel¹, NGOs und freiwilligen HelferInnen. Dieser Analyse entsprechend, fallen auch die vorgegaukelten »Lösungen« aus: Österreich müsse seine Sozialleistungen kürzen und als Fluchtland »weniger attraktiv« werden², ein »Dominoeffekt« durch nationale Grenzschließungen solle den »europäischen Druck erhöhen.«³

DER DOMINO-EFFEKT

Bundespräsident Heinz Fischer hat zuletzt genau auf den Punkt gebracht, was es mit dem Phänomen auf sich hat, das, inzwischen bemerkenswert abschätzig, als »Willkommenskultur« bezeichnet wird: »Willkommenskultur« heißt nicht, dass man in die Welt hinausposaunt: Kommt doch alle nach Österreich! ,Willkommenskultur« heißt für mich, sich anständig und menschlich zu verhalten.«⁴

Österreich, Deutschland und Schweden haben, bei allen Problemen, an rechtsstaatlichen Standards festgehalten, als Ungarn einen eisernen Vorhang gebaut und das Problem nach Süden schieben wollte. Das Gerede von der Senkung der »Attraktivität« als Zielland ist zynisches Geschwätz. Keine Änderung bei der Mindestsicherung wird die Zahl der Flüchtlinge bedeutend reduzieren. Eine Senkung der Antrags-, nicht aber der Flüchtlingszahlen, würde wohl nur der ungarische Weg bringen: Ein eiserner Vorhang an Österreichs Südgrenze, verbunden mit der raschen Ablehnung aller Asylanträge in einem Scheinverfahren – der von Außenminister Kurz so begeistert herbeigesehnte »Dominoeffekt«. Er bedeutet das Verschieben der Flüchtlingsaufnahme nach Süden, im Idealfall in die Aufnahme-Hot-Spots. Was aber dann? Würden die EU-Staaten einer solidarischen Aufteilung zustimmen, hätten wir ja schon jetzt deutlich weniger Probleme. Tun sie das nicht, dann verlagern wir das Problem der ungleichen Flüchtlingsverteilung von Österreich, Deutschland und Schweden auf das wirtschaftlich gebeutelte Südtalien und das tatsächlich am Rande des sozialen Zusammenbruchs stehende Griechenland – wie wir es vor 2015 jahrelang getan haben. Blicke als dritte Möglichkeit, dass nach der Marke Ungarn an den EU-Außengrenzen Flüchtlinge bekämpft und willkürlich zurückgewiesen werden – ohne dass wir uns die Hände dabei schmutzig

machen müssen. Darauf steuert letzten Endes die Debatte um Obergrenzen hin: Wenn die Fluchtursachen nicht beseitigt werden, bleibt die Zahl der Flüchtenden konstant, aber wir verschließen unsere Augen und Grenzen davor.

OBERGRENZEN

Flüchtlingsobergrenzen werden über kurz oder lang die Debatte um den Mauerbau an Österreichs Südgrenze wiederbeleben und sie führen auch nicht an der Frage der Aufweichung rechtsstaatlicher Grundsätze beim Asylverfahren oder der Missachtung der Genfer Konvention vorbei. Flüchtlinge werden sich von einer Zahl, von der unklar ist, ob sie Obergrenze, Richtwert oder sonst etwas ist, nicht stoppen lassen. Über die Haltung der ÖVP hat Klubobmann Lopatka keine Zweifel offengelassen: Der 37.501. Flüchtling »findet unseren Grenzzaun ... und wird in Slowenien bleiben«. Wenn die von der Regierung in Auftrag gegebenen Gutachten diesen Weg als rechtskonform erachten, »freut mich das«. Falls sie eine Verfassungswidrigkeit aufzeigen, »bin ich trotzdem der Auffassung, dass wir das machen«, ist es ihm also wurscht.⁵ Man muss daher kein Prophet sein, um zu erkennen, dass spätestens zwei Wochen vor der Präsidentschaftswahl das baldige Erreichen der »Richtwert-Obergrenze« von der ÖVP für eine neuerliche Eskalation der Asylfrage genutzt wird und sie sich dabei weder Verfassung noch Unionsrecht, geschweige denn von Anstand und Moral, bremsen lassen wird.

ÖVP AUF STRACHE-KURS

Gerade zum Jahreswechsel sind die Vorbereitungen auf Blau-Schwarz in der ÖVP unübersehbar geworden. Während bereits die ÖVP seit dem Herbst das Totalversagen von Innenministerin und Außenminister bei der Versorgung von Flüchtlingen und der Bekämpfung von Fluchtursachen durch Frontalattacken auf den Bundeskanzler kompensierte, startete eine neue Offensive gegen Wien, den letzten bedeutenden Machtfaktor der SPÖ. Bei Gesamtausgaben (!) von 673 Millionen Euro im Jahr 2014 wird die Mindestsicherung und ihre angeblich zu großzügige Handhabung in Wien zum beherrschenden sozialpolitischen Thema. Auf Grundlage einer nebulösen »Vorstudie« zu den fragwürdigen Umtrieben islamistischer Kindergartenbetreiber versuchte Außenminister Kurz das in Wien vorbildhaft ausgebaute Kindergartenwesen pauschal zu diskreditieren. In diesem Fahrwasser wurde selbst die »parteilose« ÖVP-Ministerin Karmasin ausgeschickt, die Auszahlung der Bundeszuschüsse für den nirgends so offensiv wie in Wien betriebenen Ausbau der Kinderbetreuung zu stoppen. Die Kür eines der Hauptproponenten der FPÖ-ÖVP-Koalition un-

ter Wolfgang Schüssel zum Präsidentschaftskandidaten passt da gut ins Bild. Genauso wie der Umstand, dass Khol plötzlich FPÖ-Slogans propagiert. Sorgte Strache 2013 mit seiner abstrusen Plakat-Umkehrung des biblischen Gleichnisses des barmherzigen Samariters – »Liebe deinen Nächsten – für mich sind das unsere Österreicher« – noch für berechtigte Kritik und für Spott, übernimmt Khol zwei Jahre später diese Parole ohne jede Hemmung: »Nächstenliebe kann aber nicht nur eine Fernstenliebe sein. Charity begins at home – wir müssen zuerst auf unsere Leut' schauen.«⁶ Wenn die ÖVP Andreas Khol in die Hofburg hieven konnte, ist sie zum Regierungswechsel bereit, möglicherweise sogar unter einem Kanzler Strache. Gerade aber wenn man jeden Moment mit Neuwahlen rechnen muss, ist es selbstmörderisch, seinen letzten Rest an Glaubwürdigkeit aufs Spiel zu setzen und sich mit Wortspielen über »Richtwerte« statt »Obergrenzen« lächerlich zu machen.

WAS TUN?

Einer solchen Argumentation wird gerne sinngemäß das berühmte Wort Viktor Adlers entgegengehalten, lieber mit den Massen zu irren, als gegen sie Recht zu behalten: Angesichts der Stimmung in der Bevölkerung und dem Eindruck der großen Mehrheit, der Regierung sei die Lage entglitten, habe etwas geschehen müssen. Der »Richtlinien-Obergrenzen«-Beschluss habe Handlungsfähigkeit bewiesen und sei ein »Signal an Europa« gewesen. Welches Signal und wozu, bleibt rätselhaft. Die osteuropäischen Staaten werden ebenso wie Großbritannien deshalb keinen Flüchtling mehr aufnehmen und stattdessen erste Reihe fußfrei verfolgen, wie Österreich mit seiner Richtwert-Obergrenze umgehen wird. Vor allem aber wird dieser Beschluss nicht die Handlungsfähigkeit der Regierung beweisen, sondern nur den Asylkonflikt weiter anheizen und jene bestärken, die genug vom »Gerede« der Regierung haben und sich das »Handeln« von Strache wünschen.

Es ist nicht leicht, dem Kapitän der Titanic Ratschläge zu geben, nachdem er kurz vor der Kollision mit dem Eisberg die Geschwindigkeit nochmal erhöht hat. Aber gerade in einer verzwickten Situation scheint es hilfreich, einen Schritt zurück zu machen, um die Probleme im größeren Zusammenhang zu betrachten.

Das Vertrauen in die Regierung ist nicht erst angeknackst, seit Flüchtlinge in größerer Zahl nach Österreich kommen. Abstiegsängste gibt es nicht erst seit dem Frühjahr 2015: 2014 wurden 1,7 Millionen Arbeitsverhältnisse gelöst, waren rund 900.000 Menschen von Arbeitslosigkeit betroffen und im Jah-


resdurchschnitt 320.000 Menschen arbeitslos.⁷ Diese Probleme spielen aber in der öffentlichen Diskussion bisher keine Rolle. Gerne wird in der Asyldebatte von AnhängerInnen eines »härteren Kurses« gefordert, man dürfe die Menschen »mit ihren Sorgen nicht alleine lassen.« Das gilt aber offenbar nur, wenn es um Sorgen über AsylwerberInnen geht, während Sorgen um unsichere Arbeitsverhältnisse und Arbeitslosigkeit getrost ausgeblendet werden. Ähnliches gilt auf dem Wohnsektor: Aufgrund der Weigerung der ÖVP, wirksame Mietzinsobergrenzen einzuführen sind die Mietkosten für Neubauwohnungen in Wien im privaten Sektor doppelt so hoch wie in geförderten Wohnungen.⁸ Der öffentliche Wohnbau, der dringend forciert werden muss, leidet im Kontext der europäischen Sparpolitik u.a. auch unter österreichweiten Finanzierungsmängeln der öffentlichen Hand.

Womit wir beim Budget wären: Derzeit scheint der Finanzminister zwei große Sorgenkinder zu haben: Die Mindestsicherung mit ihren knapp 700 Millionen Gesamtausgaben und die Versorgung von Flüchtlingen, deren Kosten 2015 auf knapp eine Milliarde Euro geschätzt wurde.⁹ Es ist fast schon eine Ironie, dass genau diese Ausgabenposten 2016 das klamme Wirtschaftswachstum etwas anregen werden und zum Wachstum des privaten Konsums nach der Prognose des WIFO genausoviel beitragen werden, nämlich je 0,4% des BIP, wie die milliardenschwere Steuerreform.¹⁰

Mehr als eigenartig mutet da schon an, wie wenig den Finanzminister vergleichsweise der nächste Akt im HYPO-Drama belastet, der zeitgleich mit der Obergrenzen-Debatte über die Bühne geht: 1,2 Milliarden muss Kärnten aus öffentlichen Mitteln auf den Tisch legen, um Haftungen abzulösen, wenn das Angebot abgelehnt wird, vielleicht auch mehr.¹¹ Diese kommen zu den 4,8 Milliarden Budgetmitteln hinzu, die bereits davor in der HYPO versenkt wurden.¹² Insgesamt beziffert das WIFO den durch die Stützung des Finanzsektors erhöhten Schuldenstand mit 29 Mrd. Euro.¹³ Für kurzes Aufhorchen sorgte Mitt Jänner auch eine Studie der Hilfsorganisation Oxfam, dass die weltweit 62 Reichsten so viel besäßen wie die halbe Weltbevölkerung. Die Zahlen sind austauschbar, die Tendenz zu einer wachsenden Einkommens- und Vermögensungleichheit in Österreich ist ähnlich. Vor diesem Hintergrund ist es geradezu obszön, wie die ÖVP (und mit ihr die FPÖ) versucht, die Verantwortung für Budgetprobleme bei den Ärmsten der Armen zu suchen, seien es nun österreichische MindestsicherungsbezieherInnen oder syrische Kriegsflüchtlinge.

Um zum Beispiel der wachsenden Stadt Wien zurückzu-kehren: Wenn man akzeptiert hat, dass Obergrenzen für ober-österreichische Studierende, Amstettner PendlerInnen und ungarische ArbeitnehmerInnen keine Option sind, muss man sich den Herausforderungen der Stadterweiterung stellen. Das erfordert, den Wohnbau zu steigern, neue Kindergärten, Schulen und Spitäler zu errichten, den öffentlichen Verkehr auszubauen usw. Es erfordert also eine offensive Strategie, um die Lebensqualität zu sichern. Und: Es braucht öffentliche Investitionen und eine Budgetpolitik, die das ermöglicht. Nicht nur für die, die neu kommen. Sondern für alle Menschen, die auf öffentliche Dienste angewiesen sind.

Die Asyldebatte selbst ist wahrscheinlich nicht zu gewinnen. Gerade wenn man zu dieser Erkenntnis gelangt, hat es aber keinen Sinn, beim Rennen der Bösartigkeit mitzumachen. Es gibt ohne Beseitigung der Fluchtursachen und europäischer Solidarität keinen Weg, die Zahl der Flüchtenden kurzfristig merkbar zu senken. Vorzugaukeln das zu tun ist nicht besser, als nichts zu tun, denn es zerstört ebenso das Vertrauen. Das ist zum einen ein Aufruf, außenpolitisch aktiv zu werden. Aber auch innenpolitisch gibt es viel zu tun: Nicht, dass Merkel in der Flüchtlingsfrage gesagt hat, »Wir schaffen das« ist das Problem. Das Problem ist, dass es bei Fragen der Arbeitslosigkeit, der sozialen Ungleichheit, der Schaffung von Wohnraum nicht gesagt und v. a. nicht gemacht wird.

Die Lösung liegt nicht in einer Kapitulation vor dem Zynismus. Die Lösung liegt darin, die schamlosen Privilegien des Finanzsektors und der Reichen zu thematisieren und die tatsächlichen Alltagssorgen der Menschen, in der Arbeit, beim Einkommen, beim Wohnen, in der Bildung anzugehen. »Wir schaffen das« darf nicht eine Parole der Asylpolitik bleiben. »Wir schaffen das« muss eine fundamentale Botschaft der Sozialdemokratie für die vielfältigen Probleme der Menschen in Europa sein, die eine fast zehnjährige Krise des Kapitalismus verursacht hat. Nur wenn die Sozialdemokratie wieder den Mut findet, nach vorne zu gehen, statt ängstlich zurückzuweichen, wird sie Erfolg haben. Und nur dann besteht noch eine Chance, die Rückkehr von Blau-Schwarz in diesem oder im nächsten Jahr zu verhindern. 

1. <http://www.cicero.de/berliner-republik/fluechtlingspolitik-merkels-schwerster-fehler/59835>
2. <http://www.profil.at/meinung/leitartikel-rosemarie-schwaiger-weniger-6176112>
3. <http://orf.at/stories/2319461/2319463/>
4. <http://www.tt.com/home/11000560-91/bundespr%C3%A4sident-heinz-fischer-ich-bin-lieber-ein-gutmensch.jsp>
5. ZIB 2, 21.01.2016, <http://tvthek.orf.at/program/ZIB-2/1211/>
6. ZIB-2/11733672, abgerufen am 22.1.2016
7. <http://orf.at/stories/2318868/2318948/>
8. http://www.ams.at/_docs/001_jb2014.pdf
9. <http://www.gbv.at/Page/View/4478>
10. http://www.wifo.ac.at/jart/prj3/wifo/resources/person_dokument/person_dokument.jart?publikationsid=58561&mime_type=application/pdf
11. <http://derstandard.at/2000029392963/Rueckkaufangebot-fuer-Heta-am-Donnerstag-Quote-liegt-bei-75-Prozent?ref=rec>
12. https://www.bmf.gv.at/services/faq/Antworten_Hypo.html#heading_7_Was_w_re_passiert_wenn_der_Bund_die_Hypo_nicht_gerettet_h_tte_diese_also_insolvent_geworden_w_re_
13. http://www.wifo.ac.at/jart/prj3/wifo/resources/person_dokument/person_dokument.jart?publikationsid=58561&mime_type=application/pdf



Hartmut Skerbisch, "Toward the True Vision of Reality" (Detail), 1976,
© Nachlass Hartmut Skerbisch

DAS PARADIES DER UNTERGANG

HARTMUT SKERBISCH - MEDIENARBEITEN

UNIVERSALMUSEUM JOANNEUM GRAZ



Hartmut Skerbisch, Sphäre (Kalsdorf), 2006,

Foto: Hartmut Skerbisch,

© Nachlass Hartmut Skerbisch

Bewegung in die Arbeitszeitgestaltung

Arbeitszeitverkürzungen und Arbeitszeitgestaltung werden wieder verstärkt diskutiert. Die Gewerkschaften bekennen sich zum Ziel einer Arbeitszeitverkürzung für die Vollzeitbeschäftigten und einer gerechteren Verteilung zwischen bezahlter und unbezahlter Arbeit. Die Arbeitgeber wollen die Tages- und Wochenhöchst Arbeitszeiten anheben. David Mum wirft einen Blick auf den aktuellen Stand der Arbeitszeitdiskussion.

Der letzte große Meilenstein einer allgemeinen Arbeitszeitverkürzung liegt mittlerweile lang zurück und war die gesetzliche Einführung der 40 Stundenwoche vor 40 Jahren. Seither gab es aber alles andere als Stillstand in der Arbeitszeitverteilung. Während die Vollzeitbeschäftigung stagniert, ist die – meist weibliche – Teilzeit am Vormarsch. Die unterschiedliche Verteilung von Arbeitszeiten und unterschiedliche Arbeitszeitwünsche in verschiedenen Lebensphasen machen es notwendig, die Bedürfnisse verschiedener Gruppen Betroffener zu berücksichtigen. Wenn die Arbeitszeitverkürzung mehr sein soll, als ein Forderungspunkt, der alle paar Jahre unverändert beschlossen wird, dann muss dem Rechnung getragen werden.

40 JAHRE 40 STUNDEN – EIN ARMUTSZEUGNIS?

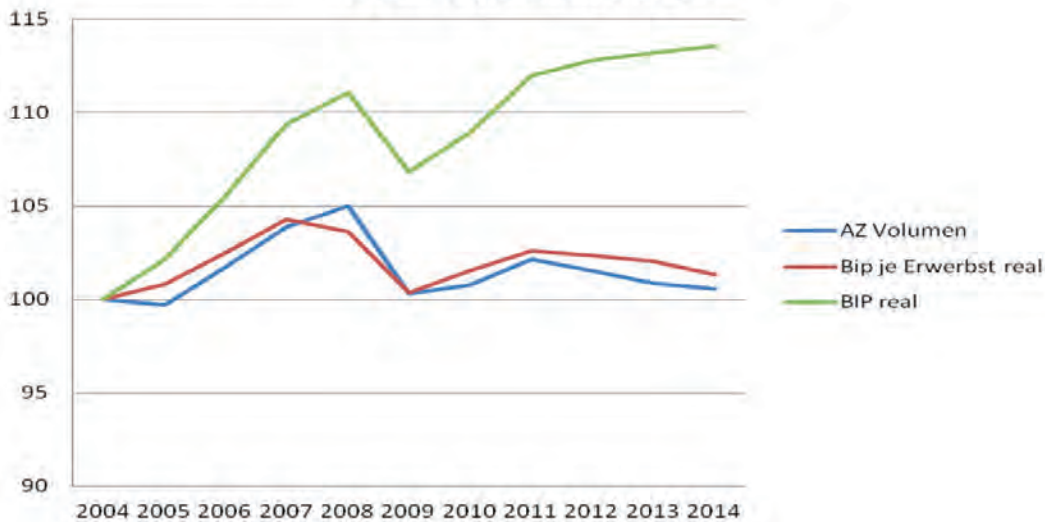
In der 2. Republik gab es zwei große Schritte zur Verkürzung der Normalarbeitszeit. Der 8-Stundentag wurde ja bereits 1919 eingeführt. 1959 wurde in einem Generalkollektivvertrag die Verkürzung der wöchentlichen Normalarbeitszeit von 48 auf 45 Stunden vereinbart. Nach einem von SPÖ und ÖGB unterstützten Volksbegehren für die 40 Stundenwoche wurde noch 1969 im Arbeitszeitgesetz die schrittweise Verkürzung von 45 auf 40 Stunden bis 1975 beschlossen. Das Volksbegehren wurde von 889.659 Personen unterstützt.¹ 1970 wurde die Normalarbeitszeit auf 43, 1972 auf 42 Stunden pro Woche gesenkt. 1975 wurde die 40-Stunden-Woche als Normalarbeitszeit schließlich erreicht.

Man sollte sich von einer linearen Fortschrittsvorstellung verabschieden, die Weiterentwicklung der gewerkschaftlichen Arbeitszeitpolitik als kontinuierliche und schrittweise Verkür-

zung der täglichen und wöchentlichen Arbeitszeit definiert und darauf Erwartungshaltungen aufbaut, die regelmäßig enttäuscht werden. Die Gewerkschaften mussten erkennen, dass nach der generellen 40 Stundenwoche weniger leicht die generelle 35 Stundenwoche durchsetzbar war. Daher wurde immer wieder betont, dass Arbeitszeitverkürzung verschiedene Formen annehmen kann. Will man das Thema Arbeitszeitverkürzung wieder wirkungsmächtig machen, dann muss man an den konkreten Lebensrealitäten und Zeitbedürfnissen der Menschen ansetzen und konkrete Projekte auf den Weg bringen. Eine Arbeitszeitverkürzung und Neuverteilung der Arbeit ist notwendig. Sie wird aber wohl über mehrere Wege und nicht nur durch eine generelle Arbeitszeitverkürzung realisiert werden. Die Interessen und Zeitbedürfnisse sind unter den ArbeitnehmerInnen nicht homogen verteilt, daher müssen auch Forderungen unterschiedliche Interessenlagen berücksichtigen.

Zu bedenken ist, dass die letzten Etappen der allgemeinen Arbeitszeitverkürzung auch vor dem Hintergrund einer anderen gesellschaftlichen Realität stattgefunden haben. Vor 40 Jahren war Erwerbsarbeit vor allem männliche Vollzeitarbeit, die Bedeutung der Industriebeschäftigung war weitaus höher als jetzt. Seither ist die Frauenerwerbsquote von ca. 50% in den 1970er Jahren auf 70% heute angestiegen. Gleichzeitig hat Teilzeitarbeit stark zugenommen und liegt nun bereits bei einer Million Beschäftigten. Die letzten Schritte der allgemeinen Arbeitszeitverkürzung fanden zu einer Zeit statt, in der die österreichische international weniger verflochten und der Wettbewerb geringer war.² Es war aber auch die ArbeitnehmerInnenschaft weitaus homogener und damit war es auch einfacher möglich, viele Menschen hinter einer gemeinsamen Forderung zu vereinen.

Entwicklung von BIP, BIP je Erwerbstätigem und Arbeitszeitvolumen seit 2004



BEZAHLTE UND UNBEZAHLTE ARBEIT

Die bestehenden Arbeitszeitrealitäten beruhen auf einer Ungleichverteilung bezahlter und unentgeltlich erbrachter Leistungen für Betreuung, Hausarbeit, Pflege, Erziehung, etc. Vor dem Hintergrund der traditionellen Rollenverteilung zwischen Männern und Frauen tragen Frauen die Hauptlast der Gesamtarbeitszeit, während auf Männer der Hauptanteil der bezahlten Arbeit und Einkommen entfällt.

ARBEITSZEITVERKÜRZUNG PASSIERT

Die Beschäftigung nimmt in Österreich vor dem Hintergrund eines stagnierenden Erwerbsarbeitsvolumens zu. Das bedeutet, dass die durchschnittliche geleistete Wochenarbeitszeit sinkt. Real ist eine langfristige Stagnation bzw. ein leichtes Sinken der Vollzeitbeschäftigung bei starkem Anstieg der Teilzeit zu beobachten. Die durchschnittliche normale Wochenarbeitszeit sank von in den letzten 10 Jahren von 38 auf 36 Stunden.³ (Siehe Abbildung)

Betrachten wir die Entwicklung von Arbeitsvolumen und Wertschöpfung in den letzten 10 Jahren: Die stagnierendem Arbeitszeitvolumen ist das BIP deutlich gestiegen. Wenn man aber die Wertschöpfung je Erwerbstätigen betrachtet, stellt man fest, dass diese – wie das Arbeitsvolumen – relativ konstant geblieben ist. Während die Produktion je Beschäftigten gleich blieb, stieg die Produktion insgesamt, weil die Beschäftigung gestiegen ist. Das bedeutet aber auch, dass die Arbeitszeit je Erwerbstätigen gesunken ist.

Wenn nun Arbeitszeitverkürzung real laufend stattfindet, warum ist dann die Forderung nach Arbeitszeitverkürzung so wichtig? Dies liegt v.a. an der ungleichen und problematischen Verteilung von Arbeitszeiten und Einkommen. Es kam nämlich nicht zu geringeren Arbeitszeiten für alle, sondern zu

einer Polarisierung der Arbeitszeitverteilung. Bei stagnierender bzw. leicht rückläufiger Vollzeit geht der Beschäftigungszuwachs auf (weibliche) Teilzeit zurück.

POLARISIERUNG DER ARBEITSZEITVERTEILUNG

Österreich ist einerseits durch sehr lange Arbeitszeiten der Vollzeitbeschäftigten gekennzeichnet (hier liegen wir traditionell an 2.Stelle) und andererseits durch ein hohes Ausmaß an Teilzeitbeschäftigung. Die Teilzeitquote liegt mit 27,9% auch an 2. Stelle in der EU (Teilzeitquote Frauen: 46,9%, Männer: 10,9%). In anderen Ländern sind die Arbeitszeitunterschiede zwischen den Geschlechtern wesentlich geringer. Eine Verkürzung der Normalarbeitszeit kann einen wesentlichen Beitrag zu einer gleicheren Verteilung der Arbeitszeiten leisten. Neben einer Arbeitszeitverkürzung für Vollzeitbeschäftigte geht es auch darum, Teilzeitbeschäftigten die Möglichkeit einer Arbeitszeitverlängerung zu geben.

In Österreich sind Vollzeit und Teilzeitarbeit unter den Geschlechtern sehr unterschiedlich und klar verteilt: Während die Männer 2/3 der Vollzeit-Arbeitsplätze haben, entfallen auf die Frauen über 84% der Teilzeitarbeitsplätze.

Die massive Erhöhung der Teilzeitquote bei Frauen von 16% 1986 auf 47% 2014 ist aber nicht in erster Linie darauf zurückzuführen, dass Frauen aus der Vollzeit gedrängt wurden, als dass die steigende Erwerbsbeteiligung der Frauen durch Teilzeitbeschäftigung stattfindet. Die weibliche Vollzeitbeschäftigung sank von 1,005 Mio auf 914.000, die weibliche Teilzeit stieg von 350.000 auf 819.000 Personen.

ARBEITSZEITAUFEILUNG ZWISCHEN MÄNNERN UND FRAUEN

Den Beginn ihrer Erwerbskarriere beginnen Frauen und

Männer überwiegend mit Vollzeitarbeit. Bei den erwerbstätigen Frauen waren 2013 in der Altersklasse 15 – 24 Jahre 72% vollzeitbeschäftigt. Die Vollzeitquote der Frauen sinkt dann v.a. wegen Kinderbetreuungsarbeit auf 43,3% bei den 35 – 44-Jährigen. Bemerkenswerterweise steigt sie dann aber nur mehr auf lediglich 49,8% bei den 45 – 54-Jährigen und 50,6% bei den 55 – 64-Jährigen. D.h. die ungleiche Verteilung der Familienarbeit führt dazu, dass jede 2. Frau bis zum Pensionsantritt in Teilzeit bleibt. (Quelle Arbeitskräfteerhebung)

Das ist deswegen problematisch, weil Teilzeitbeschäftigte schlechter entlohnt werden. Sie verdienen nicht nur weniger, weil sie geringere Arbeitszeiten haben, sie werden auch arbeitszeitbereinigt deutlich geringer entlohnt. Teilzeitbeschäftigte verdienen im Schnitt pro Stunde um 22% weniger als Vollzeitbeschäftigte. Die mittleren Stundenverdienste lagen 2013 bei Teilzeit bei 10,8 EUR und bei Vollzeit bei 13,8 EUR.⁴ Dass v.a. Frauen Teilzeit arbeiten führt auch zum großen Gender wage gap in Österreich. Die Einkommensschere kann man nur dann schließen, wenn Teilzeitbeschäftigte nicht auf geringer bezahlte Tätigkeiten und Positionen konzentriert sind und wenn Teilzeit ein verstärkt eine vorübergehende Arbeitszeitform in der individuellen Erwerbsbiographie ist.

Aber selbst vor dem Hintergrund der ungleichen Aufteilung der Kindererziehung ist es schwer erklärlich, dass jede 2. Frau bis zur Pension in Teilzeit bleibt. Hier gibt es anscheinend Hindernisse beim Wechsel von Teilzeit in Vollzeit. Es mag auch Arrangements innerhalb von Paaren geben, die die Kombination aus einem Vollzeit und einem Teilzeiteinkommen als attraktiv erscheinen lassen. Es bleibt das Problem der unterschiedlichen sozialversicherungsrechtlichen Ansprüche, die bei in Folge bei Männern und Frauen anfallen. Und insbesondere wenn Beziehungen getrennt werden, können nicht mehr die Vorteile eines gemeinsamen Haushalts genutzt werden. Es steigen für beide Betroffenen die Fixkosten und diese sind aus einem Teilzeiteinkommen nicht bestreitbar.

Auch was die Arbeitszeitformen betrifft, haben Frauen und Männer unterschiedliche Realitäten. Lange Arbeitszeiten führen bei Frauen deutlich öfter als bei Männern zu gesundheitlichen Problemen. Bei jenen, die mehrmals in der Woche lange arbeiten sind 15,1% der Männer und 23,5% der Frauen von gesundheitlichen Problemen betroffen. Einerseits haben Frauen oft vorgegebene und fremdbestimmte Arbeitszeiten, aber vor allem kommt bei ihnen zur Erwerbsarbeitszeit ein weitaus höheres Volumen an unbezahlter Arbeit.

ARBEITSZEITVERKÜRZUNG EIN MITTEL ZUR FÖRDERUNG DER BESCHÄFTIGUNG?

Die Forderung nach Arbeitszeitverkürzung wird immer wieder – insbesondere von Gewerkschaften – damit begründet, dass das Arbeitsvolumen gerechter zwischen Beschäftigten und Arbeitslosen verteilt werden muss. GegnerInnen der Arbeitszeitverkürzung argumentieren damit, dass das Arbeitsvolumen keine beliebig verteilbare Größe ist, die einfach auf unterschiedlich viele Köpfe verteilt werden kann.

Natürlich kann das Volumen an Arbeit, Mehrarbeit und Überstunden nicht kurzfristig 1:1 in zusätzliche Beschäftigte transformiert werden. Aber zu behaupten, Arbeitszeitverkürzungen hätten überhaupt keinen Beschäftigungseffekt ist abwegig, unrealistisch und empirisch widerlegt. Arbeitszeitverkürzungen haben positive Beschäftigungseffekte. Die Frage, wie stark eine Arbeitszeitverkürzung beschäftigungswirksam wird, hängt von den Rahmenbedingungen ab: Wenn die Arbeitszeit verkürzt wird, könnten die Unternehmen zunächst versuchen, Arbeit zu verdichten, die Produktivität zu erhöhen und darüber hinaus auf Mehrarbeit zu setzen. Das ist dann nicht beschäftigungswirksam. Erst wenn es zu zusätzlichen Neueinstellungen kommt, wird Beschäftigung erhöht. Wie stark Unternehmen auf Arbeitszeitverkürzungen durch Einstellung zusätzlicher Beschäftigter reagieren, ist von mehreren Faktoren abhängig. Insofern die Unternehmen mit einem Engpass an Facharbeitskräften konfrontiert sind, werden sie auf eine Verkürzung der Normalarbeitszeit durch mehr Überstunden, Mehrarbeit oder verstärktem Einsatz von All In Regelungen zu reagieren versuchen. Daher kommt der Qualifizierung und Weiterbildung eine Schlüsselrolle für mehr Beschäftigung zu, damit das Arbeitsvolumen bei allen Qualifikationsniveaus umverteilt ist.

Eine Verkürzung der Regelarbeitszeit führt umso eher zu mehr Beschäftigung, je enger die Bindung zwischen der Regelarbeitszeit und den tatsächlichen Arbeitszeiten ist. Wenn es hingegen leicht möglich ist, diese zu umgehen, weil lange Durchrechnungszeiträume und hohe mögliche tägliche Höchstarbeitszeiten einen hohen Abweichungsspielraum ermöglichen, ist ein hoher Beschäftigungseffekt unrealistisch.

Außerdem hängt es davon ab, wie weit Betriebe bereits an ihrer Kapazitätsgrenze liegen. Üblicherweise reagiert die Beschäftigung nicht 1:1 auf Änderungen des Produktionsausstoßes. Wenn ein Rückgang der Produktion als vorübergehend eingeschätzt wird, dann werden Unternehmen nicht im selben

Ausmaß Beschäftigte kündigen, denn dann stehen bei einem Wiederaufleben der Aufträge nicht rechtzeitig genug Arbeitskräfte zur Verfügung. Hinzu kommt, dass Beendigungs- und Suchkosten anfallen, die mit Halten der Beschäftigung vermieden werden können. Wenn also nach einem Rückgang der Produktion diese wieder anzieht, dann besteht erheblicher Spielraum die Produktion je Beschäftigten wieder auf altes Niveau und in gewissem Ausmaß darüber hinaus anzuheben, bevor es zu Neueinstellungen kommt.

Zentral für die erfolgreiche Wirkung einer Arbeitszeitverkürzung auf die Beschäftigung ist, dass sie nicht zu sinkender Kaufkraft und Nachfrage führt, weil dann auch das benötigte Arbeitsvolumen sinken würde.

ARBEITSZEITVERKÜRZUNG OHNE ANHEBUNG DER STUNDENVERDIENSTE

Wenn man eine Arbeitszeitverkürzung bei konstanten Stundenverdiensten durchführen würde, hätten die Menschen ein geringeres Monatseinkommen. Das hat einen dämpfenden Effekt auf die Absatzchancen und das Produktionslevel. Nur wenn die Unternehmen sofort im selben Ausmaß der Arbeitszeitverkürzung zusätzliche Arbeitskräfte aufnehmen würden, wäre die gesamte Lohnsumme und damit die Kaufkraft gleich hoch. Allerdings ist davon nicht auszugehen. Daher muss bei einer Arbeitszeitverkürzung ein Lohnausgleich durch Anhebung der Stundenverdienste erfolgen. Eine Arbeitszeitverkürzung ohne Anhebung der Stundenverdienste lagert außerdem einen Teil des Unternehmerrisikos auf ArbeitnehmerInnen aus. Das wirkt sich insbesondere in konjunkturabhängigen Unternehmen mit schwankenden Aufträgen aus. Denn vor der Arbeitszeitverkürzung muss der Arbeitgeber unabhängig von der Auftragslage die Beschäftigten im Ausmaß der Normalarbeitszeiten bezahlen. Wird nun die Normalarbeitszeit gesenkt ohne die Stundenverdienste anzupassen, hat der Arbeitgeber geringere Fixkosten, die in auftragsschwachen Zeiten anfallen.

ARBEITSZEITVERKÜRZUNG MIT ANPASSUNG DER STUNDENVERDIENSTE: ARBEITSZEITVERKÜRZUNG STATT LOHNERHÖHUNG

Wenn nun im Rahmen einer Arbeitszeitverkürzung die Stundenverdienste erhöht werden, kann diese ganz oder teilweise statt einer Lohnerhöhung durchgeführt werden. Dann wird die gestiegene Produktivität nicht in Form eines höheren Einkommens sondern in geringerer Arbeitszeit realisiert. Es ist durchaus sinnvoll, gestiegene Produktivität statt in mehr

Einkommen auch in geringerer Arbeitszeit abzugelten. Dann führt die Arbeitszeitverkürzung nicht wie im obigen Beispiel zu geringeren Monatseinkommen, sondern bei gleichbleibenden Monatseinkommen zu geringeren Arbeitszeiten. Das ist eine Maßnahme, die den schon Beschäftigten geringere Arbeitszeiten verschafft, hat aber beschränkte beschäftigungspolitische Effekte.

Es würde im theoretischen Idealfall das Monatseinkommen gleichbleiben und bei gestiegener Stundenproduktivität und erhöhtem Stundenlohn bei geringerer Arbeitszeit bei gleichem Monatseinkommen gleich viel produziert. Statt einer Erhöhung des Monatseinkommens wird die Arbeitszeit verkürzt.

Die Beschäftigten erhalten die Abgeltung des Produktivitätszuwachses. Die Beschäftigung wird stabilisiert, weil der Produktivitätsgewinn an die Beschäftigten weitergegeben wird. Es gibt aber keinen Anreiz neue Beschäftigte einzustellen.

ARBEITSZEITVERKÜRZUNG ÜBER DAS AUSMASS DER PRODUKTIVITÄTSERHÖHUNG

Wenn man die Arbeitszeitverkürzung in einem Ausmaß durchführt, das über die bereits eingetretene Produktivitätssteigerung hinausgeht, steigen die Einkommen der Beschäftigten und die Stundenverdienste an. Die Unternehmen werden versuchen zunächst Produktivitätsreserven zu heben und Arbeit effizienter zu gestalten. ArbeitnehmerInnen sind bei kürzeren Arbeitszeiten effizienter und motivierter. Nicht sofort, aber nach einiger Zeit stellt hat sich nach Arbeitszeitverkürzungen ein Beschäftigungseffekt ein. Dieser fällt in einem Umfeld hohen Wachstums tendenziell höher aus.

Josef Christl und Karl Pichelmann stellten 1983 fest, dass die Beschäftigungseffekte der Arbeitszeitverkürzung 1975 geringer ausgefallen sind als jene bei den Arbeitszeitverkürzungen zuvor, als die Wirtschaft kräftiger expandierte. Nach 2 Jahren wirkte sich die Arbeitszeitverkürzung zur Hälfte, nach 4 Jahren zu zwei Drittel in Beschäftigungsausweitungen aus. Produktivitätserhöhungen in Folge der Arbeitszeitverkürzung bleiben erhalten.⁵

Hinzu kommt die Frage, ob die Unternehmen Kostensteigerungen in Firma von Preiserhöhungen weitgeben können oder nicht. Steigende Lohnstückkosten nach Arbeitszeitverkürzungen führen zu Erhöhungen der Lohnstückkosten.

Wird die Arbeitszeitverkürzung im Alleingang durchgeführt, kann es sein, dass steigende Lohnstückkosten zu einem Nachteil gegenüber den ausländischen Mitbewerbern führt. Das kann zu Verschiebungen von inländischen zu importierten Produkten führen und wäre für die exportorientierten Sektoren ein Nachteil. Aber gerade im Bereich der Industrie muss relativierend angeführt werden, dass die arbeitskosten in Relation Wertschöpfung im Vergleich zu anderen Sektoren relativ gering sind.

ARBEITSZEITVERKÜRZUNGEN SETZEN NEUE STANDARDS

Arbeitszeitverkürzungen führen dann zu steigender Beschäftigung, wenn die Arbeitszeiten anders verteilt werden, d.h. wenn etwa die Wochenarbeitszeit 30 Stunden beträgt und dementsprechend mehr Menschen beschäftigt werden. Eine grundlegende Neuverteilung der Arbeit ist realistischerweise nicht dadurch erzielbar, dass man statt regelmäßigen Lohn- und Gehaltserhöhungen jedes Jahr die Arbeitszeit um 2 Prozent reduziert. Lohnerhöhungen sind leicht umsetzbar, Arbeitszeitänderungen erfordern hingegen organisatorische und personalpolitische Änderungen.

Arbeitszeitverkürzungen können aber nicht nur daran gemessen werden, inwieweit sie bestehende Arbeit umverteilt. Arbeitszeitverkürzungen setzen in einer dynamischen Wirtschaft neue Standards. Jedes Jahr werden viele Beschäftigungsverhältnisse gelöst und neue eingegangen, es entstehen auch laufend neue Unternehmungen. Eine Arbeitszeitverkürzung bewirkt auch, dass die »neue Arbeit« in neuen Beschäftigungsverhältnissen und neuen Unternehmungen auf mehrere Menschen verteilt wird.

WARUM WURDE DIE ARBEITSZEIT NICHT SCHON VIEL STÄRKER VERKÜRZT

1930 schrieb John Maynard Keynes im Aufsatz »Wirtschaftliche Möglichkeiten unserer Enkelkinder«, dass die Menschen in 100 Jahren voraussichtlich nur noch drei Stunden am Tag arbeiten müssen. Danach sieht es nicht aus. Keynes ging davon aus, dass die Menschheit in der Lage sein werde, ihre materiellen Bedürfnisse mit einem Bruchteil des gegenwärtigen Arbeitsaufwandes zu befriedigen. Ausgangspunkt seiner Überlegungen war, dass die Menschen im Jahr 2030 von den »drückenden wirtschaftlichen Sorgen erlöst sein« werden, ihr größtes Problem werde es vielmehr sein, »wie die Freizeit auszufüllen ist«. Denn »Drei-Stunden-Schichten oder eine Fünfzehn-Stunden-Woche« seien völ-

lig ausreichend, um die Lebensbedürfnisse zu befriedigen. Dabei hat Keynes unterschätzt, dass im Kapitalismus Statuskonsum, und durch Werbung geförderte Neigung zur Unersättlichkeit dazu geführt hat, dass keine Sättigung eintritt. Die Konsumwünsche der Menschen sind weniger von den natürlichen Bedürfnissen gesteuert, als gesellschaftlich geprägt. Die meisten Menschen wollen Güter, denen ein hoher Stellenwert beigemessen wird oder die zur üblichen Haushaltsausstattung gezählt werden, auch besitzen. Dies ist allerdings weder eine natürliche menschliche Eigenschaft, noch liegt sie in den Eigenschaften der Produkte begründet. Mit dem Kauf von Gütern, die weit verbreitet sind, erwirbt man auch Teilhabe und Zugehörigkeit. Eine Gesellschaft, die andere Konsumnormen hat, kommt auch mit geringeren Arbeitszeiten aus.

Demgegenüber schafft eine Gesellschaft, die viele Gemeingüter zur Verfügung stellt und partizipativen Konsum ermöglicht, andere Wertigkeiten. Denn es werden einkommensabhängige Unterschiede im Zugang zu Gütern und Leistungen reduziert und damit auch Statuskonsum und Erwerbsnotwendigkeiten. Öffentliche Freizeiteinrichtungen, Gesundheitseinrichtungen etc. schaffen eine Basis für eine Gesellschaft, die bereit sein dürfte, steigende Produktivität durch kürzere Arbeitszeiten statt höheren Einkommen zu nutzen. Da passt es gut ins Bild, dass Länder mit höherer Einkommensungleichheit tendenzielle längere Arbeitszeiten haben.⁶

NEUER ARBEITSZEITSTANDARD ODER MEHR WAHLMÖGLICHKEITEN? – BEIDES!

Wenn die derzeitige Arbeitszeitverteilung geändert werden soll, gibt es dafür mehrere Ansätze. Man kann eine geringere Normalarbeitszeit anstreben und den Beschäftigten mehr Möglichkeiten und Wahlrechte gewähren, Arbeitszeiten vorübergehend zu reduzieren.

Das 2013 im Kollektivvertrag für die Elektro- und Elektronikindustrie und in weiterer Folge in mehreren Kollektivverträgen geschaffene Instrument der »Freizeitoption« stellt einen Schritt in Richtung mehr Zeit-Autonomie für ArbeitnehmerInnen dar. Hier kann anstelle einer Ist-Lohn- bzw. Gehaltserhöhung im selben Ausmaß per individuellem Wahlrecht Freizeit erworben werden. Der Verbrauch der Freizeit kann als Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit, in ganzen Tagen als Verlängerung des Erholungsurlaubs oder Blockung der angesparten Freizeit bspw. vor dem Pensionsantritt genutzt werden.

Es gibt dabei aber einige »Hürden«. Denn es reicht nicht die Verankerung im Kollektivvertrag und das Vorliegen einer Überzahlung. Als weitere Voraussetzung kommt die Einigung auf betrieblicher Ebene per Betriebsvereinbarung sowie eine darauf basierende Einzelvereinbarung hinzu.

Einen ähnlichen Ansatz wie die Verteiloption geht die deutsche Dienstleistungsgewerkschaft *verdi* mit den sogenannten Verfügungstagen.⁷ Kernstück des Konzepts sind 14 freie Verfügungstage für Voll- und Teilzeitbeschäftigte mit vollem Entgeltanspruch, über die man nach eignen Vorstellungen verfügen können soll. Eine Mobilisierungsbereitschaft für eine allgemeine Wochenarbeitszeitverkürzung wird als nicht gegeben erachtet.⁸ Ziel ist kurze Vollzeit für alle. Die Verteilung des Verkürzungsvolumens soll möglichst vielfältig sein können: von ganzen freien Tagen, über Freizeitblöcke, eine Wochenarbeitszeitverkürzung bis zu Ansparmodellen.

FAMILIENARBEITSZEIT

Ein weiteres spannendes Konzept aus Deutschland stellt die Familienarbeitszeit dar. Dieses wurde von Bundesfamilienministerin Manuela Schwesig (SPD) vorgeschlagen und in der Folge von der SPD unterstützt. Ziel ist, dass Vater und Mutter nach der Geburt gemeinsam die Fürsorgearbeit übernehmen. Die Idee besteht darin, dass es ein Elterngeld Plus gibt, wenn beide Elternteile gleichzeitig Teilzeit arbeiten. Und im Anschluss an die Teilzeit soll es eine staatlich geförderte kurze Vollzeit für die Eltern mit kleinen Kindern geben, bei dem im Anschluss an die Elterngeldmonate beide ca. 32 Stunden arbeiten. Eine staatliche Leistung soll den Differenzbetrag zum Vollzeit-Einkommen teilweise ausgleichen. Für einen Großteil der Paare würde dies für Mütter eine (deutliche) Ausdehnung, für Väter eine (moderate) Reduktion ihrer gegenwärtigen Arbeitszeit bedeuten.⁹

WAHLMÖGLICHKEITEN – WO BLEIBT DER LOHNAUSGLEICH?

Bei den generellen Arbeitszeitverkürzungen gab es einen Lohnausgleich, der verhindert hat, dass die Reduktion der Wochenarbeitszeit zu geringeren Monatseinkommen führt. Das ist wichtig, um Arbeitszeitverkürzungen aus ArbeitnehmerInnensicht erstrebenswert zu machen und die gesamtwirtschaftliche Nachfrage nicht zu dämpfen.

Bei den Modellen mit individuellen Wahlmöglichkeiten wie der Freizeitoption gibt es keinen Lohnausgleich, was mitunter kritisiert wird. Allerdings wäre es verteilungspolitisch

seltsam, jemand einen Lohnausgleich zu gewähren, der individuell durch freiwillige Entscheidung seine Stundenanzahl reduziert, während jemand, der von Anfang dieselbe geringere Stundenanzahl arbeitet, keinen Lohnausgleich bekommt.

Die bevorstehenden technologischen Änderungen und das hohe Ausmaß an Arbeitslosigkeit machen es notwendig, bisherige Arbeitsstandards zu hinterfragen und weiterzuentwickeln. Das betrifft selbstverständlich auch die sogenannte Normalarbeitszeit. Sollten sich die Prognosen zu den starken Produktivitätssteigerungen in Folge der Digitalisierung bewahrheiten, dann führt an einer generellen Arbeitszeitverkürzung kein Weg vorbei. Die Vorstellung der VertreterInnen der Industrie, dass der technische Wandel bzw. Fortschritt unaufhaltsam voranschreiten und dabei mit arbeitszeitpolitischem Rückschritt oder bestenfalls Stillstand einhergehen sollen, ist in längerer Perspektive gedacht absurd. Warum soll technologischer Fortschritt nicht auch zu höherem Zeitwohlstand genutzt, sondern mit Arbeitszeiten von 12 Stunden am Tag oder 60 Stunden in der Woche kombiniert werden?

Temporäre Auszeiten, Teilzeit in bestimmten Lebensphasen und kürzere Vollzeit als Normalarbeitszeit sind alles sinnvolle Zielsetzungen, die jeweils eigene Bedürfnislagen und Zwecken entsprechen und nicht gegeneinander abtauschbar sind. Sie leisten alle einen Beitrag zu einer Weiterentwicklung der Arbeitszeitregelungen.



DAVID MUM

ist Leiter der Grundlagenabteilung der GPA-DJP.

1. <https://de.wikipedia.org/wiki/40-Stunden-Woche#.C3.96sterreich>
2. So dauerte es noch 20 Jahre bis zum EU-Beitritt. Zahlreiche Sektoren waren reguliert und die Außenhandelsverflechtung war weitaus geringer.
3. http://www.statistik.at/web_de/statistiken/menschen_und_gesellschaft/arbeitsmarkt/arbeitszeit/023272.html
4. Quelle: RH Einkommensbericht 2014
5. Arbeitszeitverkürzung mit vollem Lohnausgleich. Beschäftigungs- und Kosteneffekte. *Wirtschaft und Gesellschaft* 2/1983. 201–217. Zu berücksichtigen ist, dass auch die Inflationsrate deutlich höher war. Sie lag 1974 bei 9,6% und 1975 bei 8,4% Aber selbst wenn man diese abzieht bleiben deutliche Reallohnsteigerungen.
6. Wobei Österreich diesbezüglich die Regel nur als Ausnahme bestätigt.
7. http://fm.apm.ag/verdi_news_wcms/finpro?-db=verdi_news_wcms.fp5&-lay=e&-format=txtdet.html&-recid=40900&-find
8. Joerg Wiedemuth Bereichsleiter (8.10.2015)
9. http://www.diw.de/de/diw_01.c.462712.de/presse/diw_glossar/familienarbeitszeit.html



Hartmut Skerbisch, Vorstudie
zu Statue (Lichtschwert),
© Nachlass Hartmut Skerbisch

DAS PARADIES DER UNTERGANG

HARTMUT SKERBISCH - MEDIENARBEITEN

UNIVERSALMUSEUM JOANNEUM GRAZ



Hartmut Skerbisch und Michael Schuster, Szene
aus dem gleichnamigen Stück, 1981,
© Nachlass Hartmut Skerbisch

Klassenkampf am Wohnungssektor

Artur Streimelweger erläutert in seinem Beitrag, was die Wohnungsprivatisierung mit der aktuellen Wohnungskrise in Großbritannien zu tun hat

Die »Eiserne Lady« – wer kennt sie nicht? Margaret Thatcher, britische Premierministerin von 1979 bis 1990 und Säulenheilige der Konservativen, nicht nur in Großbritannien. Die Tory-Politikerin prägte mit ihrer Kombination aus wirtschaftlichem Liberalismus und sozialem Konservatismus wie kein anderer Regierungschef vor oder nach ihr die Entwicklung Großbritanniens. Kernelemente des Thatcherismus waren eine radikale Abkehr vom wohlfahrtsstaatlichen Nachkriegskonsens und eine Umgestaltung der Gesellschaft durch die Privatisierung von öffentlichen Unternehmen und der Deregulierung von Wirtschaft und Finanzmärkten sowie die Zerschlagung der Gewerkschaften. Ziel war eine Entfesselung der Marktkräfte, dafür mussten der Staat und seine sozialstaatlichen Institutionen mit seinen auf gesellschaftlicher Solidarität angelegten Ausgleichsmechanismen so weit als möglich zurechtgestutzt werden. Was zählte, war nicht eine sozial verpflichtete Gesellschaft, sondern das nach Eigennutz strebende, selbstverantwortliche Eigentümer-Individuum. »There is no such thing as society«, lautete eine der Rechtfertigungsparolen Thatchers, um den gesellschafts- und wirtschaftspolitischen Umbau nach neoliberalen Vorbild voranzutreiben.

PROPERTY OWNING DEMOCRACY

Bevorzugtes Experimentierfeld dabei war der Wohnungsmarkt. Er sollte stabilisierendes Fundament der angestrebten *Property Owning Democracy* aus Immobilien-Eigentümern sein. Als Mittel zum Zweck diente die marktabhängige Privatisierung der Wohnversorgung. Hierzu wurde am öffentlichen Wohnbau angesetzt. Öffentlicher Wohnbau war und ist in Großbritannien kommunaler Wohnbau und wurde vor allem von linken Stadtregierungen in den ersten Nachkriegsjahrzehnten stark forciert. In Kombination mit einer von sozialdemokratischen Regierungen vorangetriebenen Mie-

tengesetzgebung stieg so der soziale Mietwohnungsbau zur vorherrschenden Wohnform in den Städten auf. Die dadurch etwas geänderte wohnungspolitische Machtbalance war denn auch einer der ersten Politikfelder, an denen die Tories auch – einmal das Regierungsruder übernommen – zur Umsetzung ihrer »konservativen Revolution« den Hebel ansetzten. In den Folgejahren ging es dem sozialen Wohnbau in Gestalt des Council Housing denn auch massiv an den Kragen. Dies durch viererlei Maßnahmen:

Zum einen wurde der von der öffentlichen Hand errichtete soziale Wohnbau durch den Verkauf an Private stark reduziert. 1979 machte er noch rund ein Drittel des gesamten Wohnungsbestandes (6 Mio. Wohnungen) aus, am Ende der konservativen Regierungsperiode 1997 belief sich der soziale Wohnungsbestand nur mehr auf 18%.

RIGHT TO BUY

Möglich wurde der Ausverkauf durch den Housing Act 1980/88, mit dem das *Right to Buy*, eine Kaufoption für die bisherigen Mieter eingeführt wurde. Mit Preisnachlässen von bis zu 75% wurden alleine in der Thatcher-Ära rund 1,2 Mio. Sozialwohnungen verkauft. Die erwünschte Folge: der Anteil der Wohnungseigentümer am gesamten britischen Wohnungsbestand stieg in den 18 Jahren konservativer Regierung von 57% auf fast 70% an. Das ist ein Anstieg um 4,3 Mio. Wohnungen, im gleichen Zeitraum ist der öffentliche Wohnungsbestand um über ein Drittel oder 1,9 Mio. Wohnungen geschrumpft.

Zum zweiten wurde der Wohnungsneubau der britischen Kommunen stark zurückgefahren. Das Neubauvolumen der Local Authorities sank von 100.000 Wohnungen in den 1970er Jahren auf durchschnittlich nur mehr 3.000 Wohnun-

gen Anfang der 1990er Jahre. Grund dafür war, dass die zentralstaatlichen Wohnbauförderungsmittel für den kommunalen Wohnungsneubau drastisch gekürzt wurden und sich die Gemeinden einer rigiden Ausgabenkontrolle der konservativen Regierung unterziehen mussten.

KAHLSCHLAG

Drittens wurden auch die Wohnbeihilfen für die Mieter des sozialen Wohnungssektors umgestellt. Während Mietsubventionen bis 1979 Bestandteil der universellen Statusrechte der Mieter waren, traten an ihrer Stelle nun individuelle Anspruchsprüfungen. Sie gingen mit rigorosen Kürzungen der Wohnbeihilfen einher.

Und viertens wurde die tiefgreifende Umgestaltung des britischen Wohnungsmarktes auch dadurch vorangetrieben, dass der Staat den Eigentumserwerb durch die Liberalisierung der Hypothekenvergabe und Steuererleichterungen bei Kreditfinanzierungen massiv förderte. Folge war eine Explosion der Hypothekerverschuldung. Nahm sie 1980 noch einen Anteil von 23 % am BIP ein, stieg sie bis 1990 um mehr als das Fünffache auf einen Anteil von 52 % am BIP an. 2011 belief sich die Verschuldung der privaten Haushalte auf 83 % des BIP.

Unterm Strich hat der Kahlschlag im sozialen Wohnbau die für Thatcher & Co gewünschten Ergebnisse gebracht und dem Ziel einer Ownership Society ein Stück weit nähergebracht. Der öffentliche Wohnungsbestand wurde stark dezimiert und im Gegenzug der Eigentümer-Anteil am Wohnungsbestand stark ausgeweitet. Zur Zerschlagung des sozial gebundenen Wohnungssektors wurden die Gemeinden an die »kurze Leine« gelegt, ihnen die Kompetenzen des Wohnbaus und der Verwaltung entzogen und an die Filialen einer zentralstaatlichen Housing Corporation übertragen, die von einem von der Regierung ernannten Aufsichtsorgan geleitet wird. Zudem wurde es den Kommunalverwaltungen untersagt, Kredite aufzunehmen. Neben dem Einbruch des Wohnungsneubaus hat das auch zu einem folgenschweren Sanierungsrückstand geführt.

NEW LABOUR – MORE OF THE SAME

Die 1997 ins Amt gewählte Labour-Regierung unter Tony Blair setzte die neoliberale Wohnungspolitik der Konservativen ohne große Abmilderungen fort. Die Errichtung eines leistbaren Mietwohnungsangebots stand für »Maggie Thatcher in Hosen« (Eric Hobsbawm) nicht auf der politischen

Agenda. Der Wohnungsneubau der Kommunen kam bis 2010 fast völlig zum Erliegen, bezahlbare Wohnungen wurden nur mehr von den gemeinnützigen Wohnbaugesellschaften bereitgestellt. Insgesamt ging die Neubauleistung von 330.000 neuen Wohnungen in den 1970er Jahren auf 190.000 Wohnungen in der 2. Hälfte der 2000er Jahre zurück. 80 % davon wurden von privaten Investoren überwiegend als Eigenheime oder Eigentumswohnungen errichtet. Ergebnis war, dass der bereits vor Regierungsantritt von New Labour bestehende Mangel an leistbaren Wohnungen aufgrund des Bevölkerungsanstieges und der immer prekärer werdenden Einkommenssituation vieler Haushalte noch größer wurde.

Statt den sozialen Wohnungsneubau in guter sozialdemokratischer Manier anzukurbeln, setzten Blair & Co ganz im Sinne ihrer konservativen Vorgänger auf die Privatisierungskarte und prolongierten den unter Premierministerin Thatcher und John Mayor als ihrem Nachfolger begonnenen Stock Transfer und veranlassten die Kommunalverwaltungen, ihre Wohnungen an gemeinnützige Wohnungsgesellschaften (Housing Associations) zu übertragen. Insgesamt wurden in der 13 Jahre andauernden New-Labour-Ära mit 2 Mio. Wohnungen sogar mehr Wohnungen an die Mieter oder Wohnungsunternehmen privatisiert als unter 17-jähriger konservativer Ägide. Als 2010 die Labour Party aus der Regierung schied, belief sich der Anteil der sich in öffentlicher Hand befindliche soziale Wohnbau nur mehr auf 8 %. Seit 1997 ist es damit zu einer weiteren Gewichtsverschiebung zulasten des kommunalen Wohnbaus um zehn Prozentpunkte gekommen.

IMMOBILIEN- UND WOHNUNGSKRISE

Folge der bedingungslosen Förderung eines eigentumszentrierten und kapitalmarktzentrierten Wohnungssystems ist nicht nur eine hausgemachte Immobilien- sondern auch Wohnungskrise. Die erleichterte Kreditvergabe und steuerliche Subventionierung kreditfinanzierter Wohnungskäufe hatte zwar die Immobilienpreise EU-weit am stärksten ansteigen lassen und vielen Eigentümern ansehnliche Extra-Profitte beschert, andere wiederum blieben nach Platzen der Immobilienblase auf ihrem stark preisreduzierten Eigentum und Schulden sitzen. Gleichzeitig ließ die Privatisierung des kommunalen Wohnbaus und der mit der steigenden Nachfrage nicht Schritt haltende Wohnungsneubau die Lücke an erschwinglichem Wohnraum immer größer werden und die Mietpreise im privaten Wohnungssektor zusehends ansteigen.

Statt den Markteinfluss auf dem britischen Wohnungsmarkt zu verringern, intensivierte die seit 2010 regierende konservativ-liberale Koalition den neoliberalen Klassenkampf. Die Wohnbeihilfen und Mietzuschüsse wurden radikal zusammengestrichen. Das hatte zur Folge, dass sich zehntausende Familien ihre Wohnungen nicht mehr leisten konnten und ausziehen mussten. Öffentliche Mittel zur Sanierung der sozialen Wohnungsbestände wurden weiter gekürzt und die gemeinnützigen Wohnungsunternehmen verpflichtet, Neuverträge nur noch für zwei Jahre und nicht unter 80% der Marktmiete abzuschließen.

FINALER TODESSTOSS

Und selbstverständlich knüpfte Premierminister David Cameron auch am Privatisierungseifer seiner Vorgänger an. Nachdem der kommunale Wohnungssektor weitgehend an die Mieter verkauft und an die gemeinnützige Wohnbaugesellschaften transferiert wurde, holt nun die seit 2015 amtierende konservative Alleinregierung zum finalen Todesstoß gegen den sozialen Wohnbau aus. Ziel sind die gemeinnützigen Wohnbaugesellschaften. Unter Androhung der Verstaatlichung mussten auch sie nun dem Right to Buy-Programm und damit der Wohnungsprivatisierung an die Mieter zustimmen. Zusätzlich wurde den Housing Associations oktroyiert, die durch den Verkauf verlorengegangenen Wohnungen binnen zwei Jahren durch entsprechenden Neubau zu kompensieren. Absehbar ist, dass diese Regelung den Run auf Baugrundstücke steigern und damit die wieder im Steigen begriffenen Immobilienpreise weiter anfachen wird.

Wirtschaftlich existenzgefährdend für die gemeinnützigen Wohnbaugesellschaften ist neben den starken Preisnachlässen der Wohnungsverkäufe vor allem die vorgeschriebene Senkung der Mieten um jährlich ein Prozent. Beide Maßnahmen werden zu großen Einnahmehausfällen der Unternehmen führen und auch dem verbliebenen Rest des sozialen Wohnbaus über kurz oder lang in gehörige Schieflage bringen – um dann reif für eine Übernahme durch private Investoren zu sein. Das dürfte jedenfalls der finale Plan Camerons und seines Schatzkanzlers Georg Osborne sein. Dafür spricht die jüngste Entscheidung der britischen Statistikbehörde, die von den Housing Associations aufgenommen Bankdarlehen zu den Staatsschulden zu zählen. Was liegt für eine austeritätsverliebte Regierung näher, als die insgesamt auf einen Unternehmenswert von rd. 560 Mrd. Euro geschätzten Wohnungsgesellschaften – womöglich – an internationale Immobilien- und

Finanzkonsortien zu verkaufen? Dann ließe sich getrost verlautbaren: *Mission accomplished!*



ARTUR STREIMELWEGER

ist Referent im Wohnwirtschaftlichen Referat des Österreichischen Verbandes gemeinnütziger Bauvereinigungen und Redaktionsmitglied der ZUKUNFT. Der Artikel stellt die persönliche Meinung des Autors dar.

DAS PARADIES DER UNTERGANG

HARTMUT SKERBISCH - MEDIENARBEITEN

UNIVERSALMUSEUM JOANNEUM GRAZ



Nr. 1 aus der Serie: Hartmut Skerbisch, "n x 4
Reproduktionen auf Cibachrome", 1979,
© Nachlass Hartmut Skerbisch

Die außenpolitischen Beziehungen Kubas im Wandel

Die Präsidentschaft Obamas hat weitreichende Folgen für Kuba mit sich gebracht. Jahrzehntlang bestehende Embargos wurden gelockert und in weiterer Folge eine Aufnahme voller diplomatischer Beziehungen zwischen den USA und Kuba eingeleitet. Gernot Stimmer beleuchtet die Auswirkungen auf Kuba und stellt sie in den Kontext von Kubas außenpolitischen Beziehungen.

Die dramatischen Änderungen in den Beziehungen zwischen Kuba und den USA im Jahr 2015 bieten Anlass zu einem Rückblick auf die Außenpolitik Kubas seit der Revolution und ihrer Entwicklungsphasen, sowie zu einer realistischen Perspektive für die nächsten Jahren. Der Beitrag gliedert sich in eine kurze historische Darstellung der Politik Kubas seit der Unabhängigkeit 1898, die Zäsur nach der Revolution von 1959, dem zähen, aber erfolgreichen Kampf gegen die politisch-ökonomische Isolierung und die Rückkehr Kubas auf die Ebene der internationalen Politik.

VON DER »TREUESTEN KOLONIE SPANIENS« ZUM FIRST CLASS BORDELL DER USA

Das Faktum, dass Kuba erst Jahrzehnte nach der Unabhängigkeit der anderen Staaten Lateinamerikas von Spanien bzw. Portugal, seine Selbständigkeit errang, um sofort in den Fängen der diesen Unabhängigkeitskrieg auslösenden und 1898 entscheidenden nördlichen Großmacht zu landen, bestimmte nachhaltig die Kontinuität und Zielrichtung der Außenpolitik Kubas nach 1959. Zum einen blieb die Sonderbeziehung zwischen der formell unabhängigen Republik Kuba und Spanien – unbeschadet dessen jeweiliges politisches Systems – bis heute erhalten und wirkte sich auch in der aktuellen Neugestaltung der Beziehungen Kubas zur EU aus.

Zum anderen hinterließ der Niedergang Kubas unter den verschiedenen Präsidentschaftsregierungen und insbesondere der Diktatur Battistas 1952–1959, unter dem das Land zur Spielwiese von US-Unternehmen und eines von der Mafia kontrollierten Luxustourismus der amerikanischen Oberklasse verkam, einen bleibenden Eindruck in den Köpfen der 1959

siegreichen Revolutionäre, für die die Wahrung der politischen und ökonomischen Unabhängigkeit des Landes zur obersten Maxime der neuen Außenpolitik des Landes wurde.

VON DER POLITISCHEN ISOLATION ZUR INTERNATIONALEN INTEGRATION

Spätestens nach der vom CIA gesteuerten gescheiterten Schweinebucht-Invasion von Exilkubanern erfolgte einerseits die systematische Isolierung Kubas von der lateinamerikanischen und westeuropäischen Staatenwelt und andererseits die sich daraus logisch ergebende politische und wirtschaftliche Ausrichtung Kubas an der Sowjetunion bzw. dem COMECON, die nach dem Zusammenbruch des sozialistischen Systems für Kuba zur existenziellen Bedrohung wurde. In der Folge soll der Prozess des Aufbrechens dieser Ausgrenzung entlang der Außenbeziehungen Kubas zu den USA, Europa und Lateinamerika kurz gegenübergestellt werden. Dabei gilt die Grundannahme, dass die Erkenntnis der anderen Akteure über die Unhaltbarkeit der langjährigen Isolationspolitik und nicht der immer geforderte »Systemwechsel« Kubas das auslösende Element der aktuellen Annäherung darstellt.

1. DIE USA – SPÄTE EINSICHT ODER DIE PRÄSIDENTIELLE SEHNSUCHT NACH EINEM PLATZ IN DER GESCHICHTE

Die Vielzahl der von den USA ab 1960 verhängten Sanktionen und Maßnahmen gegen Kuba ist unter dem ideologisch besetzten Schlüsselbegriff »Embargo« (Bloqueo) bekannt und wird hier nur in ihren wichtigsten Maßnahmen chronologisch aufgezählt. Die bereits 1960 nach Ablehnung der von Kuba angebotenen Entschädigungen für die Verstaatlichungen von Großgrundbesitz von US-Bürgern noch unter Präsident Ei-

senhower verordneten Embargo-Maßnahmen (Exportverbot) wurden unter Kennedy 1962 bzw. 1963 ausgeweitet (Reisebeschränkungen, Einfrieren von kubanischem Kapital), nach kurzzeitiger Modifizierung unter Carter von Reagan 1982 (Toricelli Act) wieder eingeführt und kulminierten unter Bush I 1996 im Helms-Burton Act (Ausweitung auf ausländische Firmen und Banken), sowie unter Clinton (Ausweitung auf US-Tochtergesellschaften im Ausland, Restriktionen für Kuba anlaufende Schiffsunternehmen).

Diese rigiden, immer unter dem Mantel der Wiederherstellung der Demokratie in Kuba laufenden Sanktionen wurden indes durch die eigenen kapitalistischen Interessen der Farmerlobby und der Agrarindustrie in den USA unterlaufen, die 2000 den Handel mit Agrar- und Pharmaprodukten durchsetzten, wodurch die USA zum größten Lebensmittelexporteur Kubas wurden. Weniger erfolgreich verliefen die fortgesetzten Vorstöße im Kongress, die Reisebeschränkungen aufzuheben, die sogar noch 2006 eine Verschärfung erfuhren, trotz zunehmender Kritik innerhalb und außerhalb der USA (UNO-Generalversammlung, EU Parlament) an der fortgesetzten Embargopolitik.

Der Amtsantritt von Präsident Obama stand indes ganz im Zeichen einer neuen Kuba-Politik, deren Umsetzung jedoch durch den kontinuierlichen Widerstand des republikanisch dominierten Senats bzw. ab 2014 auch des Repräsentantenhauses torpediert wurde, sodass bis heute nur punktuelle Erleichterungen des Reise- und Geldverkehrs, sowie der Kommunikationsservices erreicht wurden. Die historische Begegnung Obamas und Raul Castros beim 7. Pan-amerikanischen Gipfeltreffen vom 10.–11.4.2013 in Panama, sowie die folgenden direkten Verhandlungen zwischen den beiden Präsidenten führten sehr rasch zur Normalisierung der Beziehungen (Erklärung Obamas zur geplanten Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen Ende 2014, Streichung Kubas von der Liste der Terroristenstaaten Mitte 2015) und erreichten ihren bisherigen Höhepunkt mit der Aufnahme voller diplomatischer Beziehungen im September 2015.

Dieser Öffnung stehen indes ein Reihe von negativen Faktoren entgegen. Da ist zum einen die grundsätzliche Beibehaltung des bislang nur punktuell modifizierten Handelsembargos, dessen formelle Aufhebung durch den Kongress der USA an dessen derzeitiger – und womöglich auch zukünftiger – republikanischer Mehrheit scheitert. Zum anderen gibt

es eine Vielzahl von Anhaltspunkten über die Kontinuität der offen feindseligen Grundhaltung der US-Regierung, von John Kerrys noch 2013 getätigter Aussage über die Weitergeltung der Monroe-Doktrin gegenüber Kuba, bis zur Weigerung der USA, das Gesetz über die Ermächtigung einer bekannten US-Firma zur Verwendung des Markennamens »Havana Club« für ihr Prestigeprodukt »Bacardi/Martini« trotz einer bereits 2002 eingebrachten Klage bei der WTO aufzuheben.

Indirekt stellt auch die Einwanderungspolitik der USA gegenüber kubanischen Migranten eine Fortsetzung der Sanktionspolitik dar, da durch die singulär für (derzeit nur mehr über dem Landweg einreisende) kubanische Migranten geltenden Privilegien (sofortiges Aufenthalts- und Arbeitsbewilligungsrecht) die Schwächung des kubanischen politischen Systems gefördert werden soll.

2. LATEINAMERIKA – DAS ENDE DES HINTERHOFSTATUS

Die 1961 von den USA durchgesetzte Suspendierung der Mitgliedschaft Kubas aus der »Organisation Amerikanischer Staaten« (OAS) leitete eine Phase der politisch-ökonomischen Isolierung Kubas vom amerikanischen Kontinent ein, der die karibischen und lateinamerikanischen Staaten mehr oder weniger freiwillig folgten.

Im Zuge dessen kam es von 1963 bis 1975 zur Verhängung von Wirtschaftssanktionen. Auch von den sich bildenden wirtschaftspolitischen kontinentalen (Panamerikanische Freihandelszone) und subregionalen Integrationsformen (CARICOM) blieb Kuba ausgeschlossen. Diese Gefolgschaftstreue bröckelte indes zunehmend, was sich auch in der Verstärkung der politischen, kulturellen und wirtschaftlichen Beziehungen der meisten Staaten Lateinamerikas zu Kuba niederschlug, die sich teils aus ideologischer Affinität (Venezuela, Bolivien, Ecuador), teils aus geopolitischen Motiven (Brasilien, Argentinien) der Hegemonie der USA widersetzen. Über die 2004 von Hugo Chávez initiierte alternative Integrationsform der »Bolivarianischen Allianz für die Völker unseres Amerikas« (ALBA) wurde Kuba endgültig aus der isolierten Position eines Inselstaates befreit.

Bereits auf der Jahrestagung der OAS im Jahr 2009 wurde die Aufhebung der Suspendierung der Mitgliedschaft Kubas beschlossen und von dessen Regierung, trotz ihrer Kritik an dem System der OAS, schließlich ab April 2015 die Teilnahme Kubas an den jährlichen OAS-Treffen eingeleitet.

Mit der 2011 von Kuba und Venezuela initiierten Gemeinschaft latein-amerikanischer und karibischen Staaten (CELAC) trat Kuba endgültig als aktiver Partner in der lateinamerikanischen Integrationspolitik auf, was auch von der EU durch die Neukonstituierung ihrer Außenpolitik mit Lateinamerika in Form des EU-CELAC Gipfel zur Kenntnis genommen wurde.

3. EUROPA – VOM SUBALTERNEN SEKUNDANTEN ZUR AVANTGARDE?


Die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG bzw. später EG) war auf Grund der Supranationalisierung der Außenhandelspolitik von Anfang an der Sanktionspolitik der USA unterworfen. Diese trafen vor allem einige Mitgliedsstaaten wie Spanien bzw. Frankreich, die traditionell enge Beziehungen zu Kuba hatten und damit auch gegen die Kubapolitik der USA opponierten. 1992 gelang es dem sozialistischen Ministerpräsidenten Felipe González durch die Konstituierung der »Ibero-amerikanischen Gipfel« (die alle karibischen und lateinamerikanischen Staaten, sowie Spanien und Portugal einschlossen), die Isolierung Kubas etwas aufzubrechen. Das wurde indes von seinem konservativen Amtsnachfolger, José Aznar torpediert, der im Rahmen der – seit dem Vertrag von Maastricht etablierten – Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) der EU 1996, einen Gemeinsamen Standpunkt durchsetzte, der unter dem neutral klingenden Instrument des »Politischen Dialogs« einen grundsätzlichen Systemwechsel Kubas in Richtung westlicher parlamentarischer Demokratie als Voraussetzung einer stärkeren ökonomischen Kooperation mit Kuba einforderte. Dies führte zu einem ständigen Wechsel der Beziehungen (Abbruch und Wiederaufnahme des Dialogs, 1996 schwacher Protest des Europäischen Parlaments gegen die Verschärfung des Helms-Burton Act), die nach dem Tode von zwei Dissidenten 2003 einen Tiefpunkt erreichten.

Erst die von Obama eingeleitete Öffnung bewirkte eine stärkere Dynamik der Außenpolitik der EU gegenüber Kuba, die bereits 2015 zur neuen Einrichtung eines »Hochrangigen Dialogs«, sowie Verhandlungen über ein breites Kooperationsabkommen führte. Die Gründe dafür waren vor allem wirtschaftspolitischer Natur: Derzeit ist die EU mit einem Gesamthandelsanteil von 20 % und einer Quote von einem Drittel der jährlichen Touristen in Kuba bereits der zweit wichtigste Handelspartner des Inselstaates. Trotzdem sind auch hier restriktive Tendenzen gegen diese Entwicklung zu vermerken. Konkret etwa die, speziell von Deutschland und anderen osteuropäischen EU-Mitgliedsstaaten geforderte, »Suspendierungsklausel« (wegen schwerer Menschenrechtsverletzungen u. a.).

FAZIT

Ziehen wir ein kurzes Resümee, ergibt sich derzeit folgende Erfolgsbilanz der Außenpolitik Kubas:

- Die Isolierung Kubas auf internationaler wie amerikanischer Ebene ist unwiderrufflich beendet. Kuba unterhält mit allen lateinamerikanischen und karibischen Ländern diplomatische Beziehungen und wirtschaftliche Kooperationsabkommen.
- Im Rahmen der aktuellen politischen Integrationsforen ist Kuba sowohl wieder in der OAS und den Panamerikanischen Gipfeltreffen integriert, als auch in der lateinamerikanischen Konkurrenzorganisation der CELAC bzw. der alternativen ALBA führend beteiligt.
- Mit der EU ist Kuba seit längerem über die Mitgliedschaft im AKP-System, sowie durch bilaterale Verträge mit vielen Mitgliedsstaaten der Union, insb. Spanien, Italien, Frankreich, Schweden, die Niederlande und Österreich (Investitionsschutzabkommen) verbunden. Der Abschluss der laufenden Verhandlungen über ein Handels- und Kooperationsabkommen würde eine weitere Verdichtung der Beziehungen erbringen.
- Auf globaler Ebene ist Kuba im Rahmen der UNO (hier insb. der Generalversammlung) und deren Nebenorganisationen sowie Dritte Weltforen (Gruppe 77) aktiv.
- Spezielle Beziehungen unterhält Kuba zu den BRICS-Staaten: Brasilien (Kooperation bei der Ölförderung, Finanzierung des Hafenprojekts Mariel), Russland (Schuldenschnitt, militärische Kooperation, Rüstungsgüter, Handelsabkommen), Indien (Ölexploration), China (langjährige Handels- und Kooperationsabkommen, Hafenprojekt Mariel) und Südafrika (historischer Kampf gegen das ehemalige Apartheidsystem).
- Die steigende Bedeutung Kubas als Ölproduzent führt auch zu einer wirtschaftspolitischen Verdichtung der historischen Beziehungen zu anderen Erdölprozenten wie Angola, Algerien und dem Iran.

Dieser Konsolidierung stehen indes auch negative Aspekte gegenüber, wie etwa die aktuelle Schwäche Venezuelas als wichtigster Stützungspartner, sowie die bevorstehende Wahl des Präsidenten der USA, wodurch die vom noch amtierenden Präsidenten eingeleitete Öffnung sehr rasch wieder beendet werden könnte. Es gilt daher, sich auf eine »enttäuschungsfeste« Perspektive der nächsten Jahre einzustellen. 

GERNOT STIMMER

ist Universitätsdozent am Institut für Politikwissenschaft der Universität Wien.

DAS PARADIES DER UNTERGANG

HARTMUT SKERBISCH - MEDIENARBEITEN

UNIVERSALMUSEUM JOANNEUM GRAZ



Nr. 2 aus der Serie: Hartmut Skerbisch, "n x 4
Reproduktionen auf Cibachrome", 1979,
© Nachlass Hartmut Skerbisch

Kapitalismus und Ungleichheit

2014 erregte **Thomas Piketty** mit seinem Werk »Capital in the 21st Century«, in dem er die enorme Konzentration von Einkommen und Vermögen nachwies, großes Aufsehen. Die Gefahren der Ungleichheit stehen auch im Zentrum der neuen Bücher der linksliberalen US-Ökonomen Joseph Stiglitz und Robert Reich, die im Herbst 2015 in deutscher Übersetzung bzw. im Original erschienen sind und die in durchaus ähnliche Richtungen argumentieren.

Die Sammlung von 52 Aufsätzen heißt »Reich und Arm – die wachsende Ungleichheit in unserer Gesellschaft«, die Stiglitz in den letzten Jahren zu Fragen der Ungleichheit publiziert hat. Er zeichnet die Dimensionen der Ungleichheit in ihren verschiedenen Facetten – Einkommen, Vermögen, Zugang zu Bildung, Wohnen, Gesundheit – nach, begründet, warum sie eine Folge politischer Fehlentscheidungen sei und mit welchen Maßnahmen gegengesteuert werden könne. Mit besonderer Verve attackiert er die »Trickle-down«-Theorie, die Vorstellung, dass Geld für die Reichen zur Schaffung von Arbeitsplätzen führe und so auch bei der großen Mehrheit ankomme. Ungleichheit beschränke nicht nur das Wachstum, sie gefährde auch zunehmend die Demokratie und die Gesellschaft an sich. Es sei daher weniger eine Frage des Altruismus, als des reinen Eigennutzes für die Reichen, etwas gegen die wachsende Ungleichheit zu unternehmen.

Es liegt im Wesen einer Sammlung bereits veröffentlichter Artikel, dass sie nur wenige neue Argumente beinhaltet. Dennoch lohnt sich die Lektüre, denn die Beschäftigung mit den scheinbar entfernten Probleme der amerikanischen Politik, schärft auch den Blick für nationale Polit-Missverständnisse: »Die Anhänger Obamas schien es zu verblüffen, dass das Volk seiner Regierung nicht dankbarer dafür war, eine zweite Große Depression abgewendet zu haben. Sie retteten die Banken, und dadurch retteten sie die Wirtschaft vor einem verheerenden Sturm ... Es war ungefähr so, als hätte nach einem durch Trunkenheit am Steuer verursachten Unfall der herbeigerufene Polizist den betrunkenen Fahrer ... wieder ans Steuer gesetzt, woraufhin dieser mit seinem Auto zur Werkstatt düst, während dem Opfer an der Unfallstelle die Lebensgeister

schwinden.... Die Banken erholen sich, während das Einkommen des typischen Amerikaners auf das niedrigste Niveau der letzten zwanzig Jahre gefallen ist. Es ist durchaus nachvollziehbar, dass es in der Bevölkerung eine gewisse Wut gibt.«

GOLDENE ÄRA?

Bekannte Bahnen verlässt Stiglitz in Momenten persönlicher Reflexion, etwa die seiner Jugend in der von ihm als »Mythos« bezeichneten »goldenen Ära des Kapitalismus«, die eine, in seinen anderen Texten sorgsam vermiedene, Resignation ausdrückt: »Als ich in Gary, Indiana, einer Industriestadt am Südufer des Michigansees aufwuchs, die unter Diskriminierung, Armut und immer wieder unter hoher Arbeitslosigkeit litt, war mir nicht bewusst, dass ich in einem Goldenen Zeitalter des Kapitalismus lebte ... Als ich in Gary aufwuchs – in dem Goldenen Zeitalter der von Smog verpesteten Stadt – konnte man unmöglich absehen, in welche Richtung sich die Stadt entwickeln würde. Wir wussten nichts von der Deindustrialisierung der USA, die bald einsetzen sollte ... Anders gesagt: Mir war nicht klar, dass die eher trostlose Realität, die ich hinter mir ließ, als ich aufs College ging, tatsächlich das Beste war, was Gary jemals erleben sollte. Ich fürchte, um die USA könnte es heute ebenso bestellt sein.«

Doch, so korrigiert sich Stiglitz in vielen folgenden Beiträgen, es gäbe viele Möglichkeiten, politisch korrigierend einzugreifen. Dass diese Möglichkeiten ungenutzt blieben, liege an den falschen Auffassungen der Mainstream-Ökonomie, aber auch am enormen Einfluss des »big business«: Zunehmend gelte das Prinzip »Ein Dollar, eine Stimme« statt »Ein Bürger, eine Stimme« – und dennoch müsse man die Lösung auf der politischen Ebene suchen. Stiglitz beschwört

seine LeserInnen: »Wir müssen uns nicht zwischen Kapitalismus und Gerechtigkeit entscheiden. Wir müssen uns für beides entscheiden.«

FOR THE MANY, NOT THE FEW

Wie das angesichts des eher niederschmetternden Befunds des Zustands der demokratischen Institutionen gehen soll, darauf verspricht der Titel von Robert Reichs im Herbst 2015 erschienen Buch eine Antwort »Saving Capitalism: For the Many, Not the Few«. Im »Wall Street Journal« wurde Stiglitz Buch dafür kritisiert, dass er in seiner Klage über wachsende Ungleichheit zu wenig berücksichtige, dass (die noch bestehenden Reste) staatlicher Transferleistungen eine strak unverteilende Wirkung hätten.¹ Reich tritt dieser Kritik von vornherein entgegen.

Denn die Debatte um »Mehr Privat, weniger Staat« lenke ebenso wie deren Umkehrung vom eigentlichen Problem ab: der Primärverteilung. Tatsächlich sei die Parole vom »freien Markt« und von »weniger Staat« nur die Tarnung für die Forderung nach einem »anderen Staat«. Das Entstehen und Funktionieren des Marktes erfordere das Eingreifen des Staates, der grundlegende Spielregeln festlegen müsse. Reich macht fünf Bausteine des Kapitalismus aus, die einer Regelung bedürfen: Eigentum, Monopolbildungen, Vertragsgestaltung, Insolvenzrecht und Rechtsdurchsetzung. Auf all diesen Gebieten hätten Großkonzerne und Superreiche in den letzten Jahrzehnten grundlegende Änderungen der Spielregeln erreicht, die es ihnen erst ermöglicht hätten, das aktuelle Niveau an Ungleichverteilung zu erreichen. Scheinbar durch Marktkräfte, tatsächlich aber durch immer unbegrenzter werdende Einflussnahme auf die Festsetzung staatlicher Regeln.

»Der freie Markt ist ein Mythos, der uns davon abhalten soll, die Regeländerungen zu analysieren.« Reich illustriert das anhand einer Vielzahl von Beispielen: Er zeigt auf, wie sich große Konzerne durch immer weitergehende Verschärfungen des Urheberrechts milliardenschwere »Eigentumsrechte« sichern. Das Ausmaß geduldeter Marktkonzentration demonstriert er am Beispiel des Bankensektors: Die fünf größten us-Banken hätten heute einen Anteil von 45 % an der Gesamtbilanzsumme aller us-Banken, im Jahr 2000 seien es 25 % gewesen. Diese Banken seien nicht nur »too big to fail«, sondern »too big to jail«. Das habe handfeste ökonomische Auswirkungen: Diese Banken könnten ihren KundInnen niedrigere Einlagenzinsen zahlen, weil diese bei ihnen absolut

sicher seien. Damit lukrierten diese Banken 2013 beachtliche Extra-Profite im Ausmaß von 83 Mrd. us-Dollar, von denen 27 Mrd. als Bonuszahlungen direkt an die Manager gingen. 1874 erachtete der Supreme Court einen Vertrag für einen politischen Lobbyisten noch als sittenwidrig und verweigerte den seinen Werklohn fordernden Lobbyisten das Geld: Es gebe keinen rechtskonformen Vertragsgegenstand, diese Form von Lobbying fördere die Korruption. Heute sind nach Reichs Angaben knapp die Hälfte aller Kongressmitglieder nach dem Ende ihrer Amtszeit als politische LobbyistInnen tätig, Konzerne können unbegrenzt Wahlkampfspenden geben und so fast ebenso unbegrenzt Einfluss auf das Polit-Geschehen nehmen.

Auch die Art und Weise, wie mit Zahlungsunfähigkeit umgegangen werde, habe große Auswirkung auf die Verteilung: Während es großen Konzernen ermöglicht wird, im Zuge der Insolvenz Pensionsansprüche ihrer Beschäftigten loszuwerden, während die EigentümerInnen ungeschoren davonkommen, gelten für HausbesitzerInnen, die ihre Darlehen nicht mehr bezahlen können, weit strengere Regeln. Sieben Millionen Familien verloren so in der Finanzkrise ihr Haus. Gleiches gelte für Uni-Absolventinnen: Studiendarlehen stellen heute den zweitgrößten Anteil an den privaten Haushaltskrediten, noch vor Krediten für Autos oder den enormen Kreditkartenschulden.

Wie auch Stiglitz zeigt Reich schockierendes statistisches Material, wie dramatisch sich die Ungleichverteilung auf diese Weise verstärkt: Die Durchschnittseinkommen im Verhältnis zu den Einkommen von Unternehmensvorständen betrug 1965 1:20, 1978 1:30, 1995 1:123 und 2015 1:300!

Zwischen 1978 und 2013 wuchs das Einkommen der CEOs um 937%, das des Durchschnitts um 10,2%. Dafür gebe es keine »natürliche« Erklärung. Weder der Markt, noch die Globalisierung, noch zu niedriges Bildungsniveau könnten erklären, warum der Mindestlohn heute bei 7,25 us-Dollar liegt, während er inflationsbereinigt 1968 bei 10,86 lag. Das sei die Folge der Nutzung wirtschaftlicher Macht zur Festlegung staatlicher Regeln. Reich weist wieder ein konkretes Beispiel vor: Der Kauf unternehmenseigener Aktien wurde bis 1982 als potenzielle Kursmanipulation gewertet, Reagan änderte das. 2013 kauften die Unternehmen des Standard & Poor's 500 Index eigene Aktien im Wert von 500 Mrd. Dollar. Zwischen 2003 und 2012 lukrierten die Vorstände der zehn größten rückkaufenden Unternehmen 68% ihres Einkommens

aus Aktienoptionen. Selbst in Phasen des Aufschwungs kann die große Mehrheit nicht mehr von Einkommenszuwächsen nicht mehr profitieren. In den beiden Aufschwungsphasen seit 2001 erhalten die unteren 90 Prozent gar nichts von den Einkommenszuwächsen und mussten zuletzt sogar noch Verluste hinnehmen.

Es liege kaum in der Macht des Einzelnen an dieser Ungleichverteilung etwas zu ändern. So verweist Reich darauf, dass der Trend selbst bei bester Ausbildung in diese Richtung weise: Auch junge College-AbsolventInnen hatten zwischen 2000 und 2013 sinkende Einkommen, 45 % sind für ihren Job überqualifiziert. Die einzige Chance liege in der Bildung einer Gegenmacht zu den entfesselten Kräften der großen Player. Reich weist nach, dass der Abstieg der Mittelschicht parallel zum Abnehmen des gewerkschaftlichen Organisationsgrads verläuft.

GEFÄHRDETER KAPITALISMUS

Etwas nebulos bleibt Reich in der Frage, wodurch der Kapitalismus eigentlich gefährdet sei und der Rettung bedarf. Denn der Großteil seines Buches beschäftigt sich damit, wie der Kapitalismus alle Hindernisse für die private Bereicherung einiger Weniger beseitige – wie Reich festhält, nicht aus persönlicher Schlechtigkeit, sondern weil sich die Akteure im Rahmen des Systems rational verhalten. Im Wesentlichen läuft Reichs Argument auf die auch von Stiglitz ausgedrückte Stimmungsäußerung hinaus: So kann es nicht weitergehen. Ein System, das dermaßen jenseits moralischer und leistungsorientierter Gerechtigkeitsvorstellungen agiere, könne nicht bestehen. Eine Gesellschaft, deren Spitze als Bande von Dieben und Betrügern wahrgenommen werde, drohe der Zerfall.

Reich ist daher überzeugt, dass die 90 Prozent, die derzeit systematisch benachteiligt und deren Leistung nicht gewürdigt werden, zusammenfinden werden – in einer Allianz gegen das Establishment. Diese Bewegung könnte potenziell sogar eine dritte Kraft in das politische System der USA bringen, auch wenn es durchaus denkbar erscheine, dass Demokraten und sogar Republikaner diese Stimmung erfolgreich in ihre Parteien integrieren. Warum die große Unzufriedenheit zwangsläufig zu einer maßvollen Reformpolitik führen werde, begründet Reich historisch: Die AmerikanerInnen hätten immer pragmatisch gehandelt und in jeder Phase bedenklicher Konzentration von Privilegien einen Weg »jenseits von Faschismus und Kommunismus« gefunden.

WÜRDIGUNG

Reichs Buch beeindruckt in der scharfen Analyse des Missbrauchs politischer Macht zur Erreichung von Profiten. Bemerkenswert erscheinen auch seine Vorschläge, wie die Macht der Konzerne beschränkt werden könne. Reich bringt hier das Modell der deutschen Mitbestimmung ins Spiel, die den BetriebsrätInnen Entscheidungsmacht in den Konzernen gibt. Und er erweitert diesen Vorschlag sogar noch, wenn er einfordert, dass Unternehmen auch die Interessen von KonsumentInnen und der Allgemeinheit zu berücksichtigen hätten – wie sie es angeblich in der »Goldenen Ära« getan hätten (hier ergibt sich einer der wenigen Auffassungsunterschiede zu Stiglitz). Reich kündigt in seinem Buchtitel eine Erklärung an, wie und warum der Kapitalismus gerettet werden müsse. Während sich für letzteres nur die Tradition als Argument findet, bleibt ersteres die Aufgabe aller Menschen, die für ihren Lebensunterhalt arbeiten müssen und ihre schleichende Enteignung durch die Bildung einer Gegenmacht verhindern müssen. Ob deren Ziel durch die Rettung des Kapitalismus am besten zu erreichen ist, muss nach allem vom Autor Gesagten jedoch bezweifelt werden.



LUDWIG DVOŘÁK
ist Gf. Chefredakteur

Robert Reich
Saving Capitalism: For the Many, Not the Few
Knopf (2015), € 19,95

Joseph Stiglitz
Reich und Arm
Die wachsende Ungleichheit in unserer Gesellschaft
Siedler Verlag (2015), € 24,99

1. <http://www.wsj.com/articles/book-review-the-great-divide-by-joseph-e-stiglitz-1429744727>

DAS PARADIES DER UNTERGANG

HARTMUT SKERBISCH - MEDIENARBEITEN

UNIVERSALMUSEUM JOANNEUM GRAZ



Nr. 3 aus der Serie: Hartmut Skerbisch, "n x 4
Reproduktionen auf Cibachrome", 1979,
© Nachlass Hartmut Skerbisch

Proletariat, Guantánamo & Untergang



Nina Horaczek, Sebastian Wiese GEGEN VORURTEILE

Nehmen uns Ausländer die Arbeitsplätze weg? Ist die EU undemokratisch? Ist das Kopftuch ein politisches Symbol? War unter den Nazis doch nicht alles schlecht? Zu diesen Themen hat jeder eine Meinung. Dieses Handbuch gegen Vorurteile

für junge Menschen liefert Fakten zu Themen wie Ausländerpolitik, Islam, EU und Nationalsozialismus. Beispiele, Statistiken und Studien veranschaulichen die Informationen.
CZERNIN VERLAG, 192 Seiten, 17,90 Euro



Anthony Grafton, Daniel Rosenberg DIE ZEIT IN KARTEN

Für diesen Bilderreise durch die Geschichte öffneten Archive berühmter Bibliotheken den Zugang und ermöglichen ein in der Breite bisher einmaliges Bildmaterial: Mit Abbildungen aus alten

Annalen der Kirchenväter aus St. Gallen, Tafelwerken Albrecht Dürers bis zu wandgroßen Kunstwerken wie dem »Strom der Geschichte« bietet der Band in dieser Zusammenstellung einmaliges Bildmaterial.

PHILIPP VON ZABERN VERLAG, 304 Seiten, 82,20 Euro



Eva Marlene Hausteiner GREATER THAN ROME

Die Studie demonstriert anhand des Falls des British Empire, wie imperiale Eliten ihr Tun erfassen und rechtfertigen, welche Rolle historische Beispiele in diesem Prozess spielen und welche Entwürfe imperialer Herrschaft um Deutungs-

hoheit konkurrieren. Die Analyse des Elitendiskurses im British Empire erhellt jene Modi, in denen zentrale Akteure das Weltreich legitimieren und im eigenen Selbstverständnis konzipieren.

CAMPUS VERLAG, 411 Seiten, 46,30 Euro



Christoph Möllers DIE MÖGLICHKEIT DER NORMEN

Wenn wir von Normen sprechen, denken wir zumeist an Vorschriften, die unser Leben regeln. Normen, so könnte man meinen, verlangen stets bestimmte Handlungen oder Unterlassungen und

erfordern eine moralische Rechtfertigung. Aber stimmt das überhaupt? Lässt sich damit das Gemeinsame all jener sozialen Praktiken, die wir als normativ bezeichnen möchten, erfassen?
SUHRKAMP VERLAG, 461 Seiten, 36,00 Euro



Salvatore Settis WENN VENEDIG STIRBT

Venedig mit seiner einzigartigen Architektur, Geschichte und geographischen Lage, aber auch Venedig als Ausbund der Kommerzialisierung dieser Einzigartigkeit nimmt Settis als Ausgangspunkt für universelle Überlegungen: Gibt es so etwas wie die Seele einer Stadt? Muss

man Städteschönheit als Weltkulturerbe konservieren, oder brauchen Städte eine kreative Zerstörung?

KLAUS WAGENBACH VERLAG, 160 Seiten, 15,40 Euro



Christoph Limbeck-Lilienau, Friedrich Stadler (Hg.) DER WIENER KREIS

Dieser Band entstand im Zusammenhang mit der ersten Ausstellung über den Wiener Kreis des Logischen Empirismus und bringt aktuelle Forschungsbeiträge zur Geschichte und Wirkung dieser vertriebenen philosophischen Gruppe im

zeitgeschichtlichen Umfeld. Der Bild- und Textband bietet exemplarische Quellen- und Forschungszugänge als Beispiele für »Wissenschaft im Kontext« sowie »Wissenschaft und Öffentlichkeit«.

LIT VERLAG, 488 Seiten, 41,10 Euro

Sommer, Heizungen & Flohmarkt



Andreas Unterweger
DAS GELBE BUCH

Fest steht nur: So groß wie die Sommer damals war nie mehr etwas auf der Welt! In Andreas Unterwegers Universum ist es eine Selbstverständlichkeit, dass eine Gruppe kleiner Buben samt ihrem Wortführer Biber in einem gelben Haus zwischen gelben Feldern lebt, und nur der Großvater und die Katze Mia leisten ihnen Gesellschaft. Hin und wieder taucht ein Waldläufer auf, der von Wildschweinen erzählt.

DROSCHL VERLAG, 240 Seiten, 20,00 Euro



Caitlin Doughty
FRAGEN SIE IHREN BESTATTER

Als die 23-jährige Caitlin Doughty ihren Dienst als Krematoriumsfachkraft antritt, ist ihre erste Aufgabe, eine Leiche zu rasieren. So wird sie im Westwind-Krematorium schnell zur Expertin, die vor keiner Aufgabe zurückschreckt. In ihrem Buch öffnet sie uns die Augen für unseren Umgang mit den Toten. Sie blickt zurück in die Geschichte des Todes und erzählt, was in anderen Kulturen mit den Leichen geschieht.

C. H. BECK VERLAG, 270 Seiten, 20,60 Euro



Radek Knapp
DER GIPFELDIEB

Ludwik Wiewurka ist der Melancholiker unter den Wiener Heizungsablesern, er ist gebürtiger Pole, und der innigste Wunsch seiner Mutter ist es, dass er endlich Österreicher wird. Ein Ziel, vor dem ihn sein gesunder Menschenverstand

eindringlich warnt: Denn hinter jeder Tür wartet immer die nächste. Ein listiger Roman über Menschenkenner und Frauenhelden und polnische Wunderknaben.

PIPER VERLAG, 208 Seiten, 20,60 Euro



Martin Walser
EIN STERBENDER MANN

Theo Schadt, 72, Firmenchef, wird von seinem besten Freund verraten und ist beruflich ruiniert. Er sitzt jetzt an der Kasse des Ladens seiner Ehefrau. Eines Tages, er wieder an der Kasse, löst eine Kundin bei ihm eine Lichtexplosion aus.

Nach achtunddreißig Ehejahren zieht er zu Hause aus. Doch dann muss er erfahren, dass sie mit dem, der ihn verraten hat, in einer offenen Beziehung lebt.

ROWOHLT VERLAG, 288 Seiten, 20,60 Euro



Paul Mendelson
DIE UNSCHULD STIRBT,
DAS BÖSE LEBT

Ein Thriller aus Südafrika mit einer Auflösung, die die Grenzen des Genres sprengt. In Kapstadt werden in einem Müllcontainer die Leichen zweier Halbwüchsiger gefunden. Senior Superintendent de Vries erkennt sofort die Verbindung zu einem Fall, an dem er seinerzeit fast zerbrach. Aber de Vries hat zunehmend das Gefühl, manipuliert zu werden. Seine Ermittlungen werden behindert?

ROWOHLT VERLAG, 480 Seiten, 15,50 Euro



Richard Swartz
WIENER FLOHMARKTLEBEN

Auf dem Flohmarkt in Wien entdeckt der Erzähler ein altes bemaltes Glas mit einer Wiener Stadtansicht. Ein solches Glas stand auch auf der Fensterbank der Großmutter. Richard Swartz erzählt vom Wiener Flohmarkt und dessen Rolle in seinem Leben, von den Händlern und Antiquitäten dort, und mit großer Klugheit davon, was die Zeit aus den Menschen und ihren persönlichen Dingen macht.

ZSOLNAY VERLAG, 192 Seiten, 19,50 Euro

»Kapitalmarktunion« – Symptombekämpfung mit riskanten Folgen

Um die Jahrtausendwende verabschiedete die Europäische Union den sogenannten »Aktionsplan für Finanzdienstleistungen« zur Förderung der Integration der EU-Finanzmärkte, der insgesamt 42 Legislativmaßnahmen vorsah. Einige der in den Folgejahren umgesetzten Maßnahmen waren durchaus sinnvoll, indem beispielsweise der Zahlungsverkehr zwischen den Staaten erleichtert und Regeln harmonisiert wurden, oder aber Geldwäsche besser bekämpft werden sollte. Der Plan bildete aber auch den Startschuss für weitere Deregulierungen des Finanzsektors und das wohl bekannteste Beispiel war die nicht nur von den Gewerkschaften heftig bekämpfte Übernahmerichtlinie, die Abwehrmöglichkeiten grenzüberschreitender Firmenübernahmen erheblich beschränkte und die Machtbalance zuungunsten der ArbeitnehmerInnen weiter verschob.

Eineinhalb Jahrzehnte später wagt sich die Europäische Union an ein neues Projekt mit ähnlicher Zielsetzung: die »Kapitalmarktunion« – und das in einer Situation von Massenarbeitslosigkeit, steigender Ungleichheit, in einer Situation, in der soziale Gegensätze – wie häufig in der Geschichte – in kulturelle und ethnische transformiert werden. Fragt man, ob denn die ArchitektInnen der Kapitalmarktunion die Prioritäten richtig setzen würden, wird geantwortet, dass gerade die Kapitalmarktunion Wachstum und Beschäftigung fördern würde: Kleine und mittlere Unternehmen sollen sich leichter über den Kapitalmarkt finanzieren können, der somit die unzureichende Bereitschaft der Banken, die reale Wirtschaft mit Krediten zu versorgen, kompensieren soll.

Ein Kern der Kapitalmarktunion bildet dabei die Förderung von Kreditverbriefungen, die eine der vielen auslösenden Faktoren für die Finanzkrise waren, nachdem es in den letzten Jahren zaghafte Versuche gab, diese zu beschränken. Damit können Banken die von ihnen vergebenen Kredite in

Wertpapiere umwandeln und weiter verkaufen und damit ihre Risiken entsorgen. Versicherungen, Pensionsfonds, Zweckgesellschaften und private Haushalte sollen direkt – unter Umgehung der strenger regulierten Banken – Unternehmen finanzieren. Die Finanzstruktur soll insgesamt stärker Richtung Kapitalmarktfinanzierung umgestellt werden.

Neben der Förderung des Wachstums verspricht die Europäische Kommission größere Widerstandsfähigkeit gegen Krisen, weil die private Risikobeteiligung über die Grenzen hinweg gestärkt würde. Die Wirkungsweise beider Argumentationslinien, die Wachstumsförderung sowie Schockresilienz versprechen, ist vielleicht in stilisierten Modellen abbildbar, aber sicherlich nicht in der Realität. Kapitalströme wirken immer prozyklisch, egal ob kapitalmarkt- oder bankenfinanziert: Kommt es zur Krise, ziehen sich Investoren aus dem Land zurück, wodurch dieses weiter in den Abgrund gerissen wird. Die Kapitalmarktunion hätte sogar das Potenzial, die Saat für eine weitere Finanzkrise zu säen, u. a. auch deshalb, weil sie letztlich das wenig bzw. unregulierte Schattenbankensystem fördern würde.

Dass kleine und mittlere Unternehmen, insbesondere in den europäischen Peripheriestaaten, Finanzierung benötigen, ist unbestreitbar. Wichtiger ist hier allerdings die Stärkung der Nachfrage und der Kaufkraft, die durch Spar- und Lohnpolitik geschwächt sind.

Das Projekt der Kapitalmarktunion zeigt in besonders eindrucksvoller Weise, wie sehr der in den 1970er- und 1980er-Jahren einsetzende neoliberale Backlash trotz Krisenerfahrung ungestört andauert.



U4: Eigeninserat